

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 6. Februar 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Seifin (Zunfel), Wilhelmsbühl, Post Begetoch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Gurtach-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Motto. Von Ferdinand Freiligrath. (Gedicht.) — Die Reichstagswahl am 25. Januar. Von G. Ledebour. — Auf zur Stichwahl! Von Luise Fleh. — Mahnruf. Von Hanna Dorfsch. — Die bürgerlichen Frauen im Wahlkampf. — Die Stellenvermittlung. Von Mathilde Wurm. (Schluß.)
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Tätigkeitsbericht der Vertrauensperson der Chemnitzer Genossinnen. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Lichtenstein-Collenberg. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Eine erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen.
Notizen: Dienstofffrage. — Frauenstimmrecht. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Verichtigung.
Feuilleton: Rimmermehr. Von Adolf Lepp. (Gedicht.) — Ein Kind. Von A. R.

Motto:

Kein Klage lied! kein Tränen lied! kein Lied um jeden, der schon fiel;
 Noch minder gar ein Lied des Hohns auf das verworfne Zwischen spiel,
 Die Bettleroper, die zurzeit ihr plump noch zu agieren wißt,
 Wie mottig euer Hermelin, wie faul auch euer Purpur ist!
 O nein, was sie den Wassern singt, ist nicht der Schmerz und nicht die Schmach,
 Ist Sieges lied, Triumphes lied, Lied von der Zukunft großem Tag!
 Der Zukunft, die nicht fern mehr ist! Sie spricht mit dreifachem Prophezein:
 So gut wie weiland euer Gott: Ich war, ich bin — ich werde sein!

Ferdinand Freiligrath.

Die Reichstagswahl am 25. Januar.

Der Ausfall des Wahlkampfes am 25. Januar hat unseren Erwartungen nicht entsprochen. Die glänzende Kampfstimmung, die sich überall in den Versammlungen kund tat, erweckte die Hoffnung auf einen großen Sieg. Nicht nur einen Stimmenzuwachs dachten wir zu erringen, sondern auch Mandate zu erobern. Unsere Hoffnungen wurden enttäuscht. Ein Stimmenzuwachs, wenn auch nicht in bedeutender Höhe, ist zwar eingetreten. Er entspricht mit 150 000 Stimmen prozentual etwa der Zunahme der Wahlberechtigten. Deshalb kann von einem Rückgang der Bewegung keineswegs gesprochen werden. Wohl aber haben wir Mandate eingebüßt. 20 Wahlkreise, die wir 1903 erobert hatten, sind jetzt schon endgültig verloren gegangen. Nur ein Gewinn, Mülhausen im Elsaß, steht diesem starken Verlust bisher gegenüber. Vollständig kann der erlittene Verlust durch die Stichwahlen keinesfalls ausgeglichen werden, obgleich sicher die Parteigenossen alle Kraft aufbieten werden, die Schlappe vom 25. Januar wettzumachen.

Die nächstliegende Erklärung dafür, daß die bürgerlichen Parteien am 25. Januar uns eine so große Anzahl von Mandaten abnehmen konnten, liegt in ihrem starken Stimmenzuwachs aus der Zahl der Nichtwähler. Von den drei Millionen Indifferenten, die 1903 noch zu Hause geblieben waren, scheint etwa eine Million an die Wahlurne gebracht worden zu sein für den Hottentottenblock. Das Reserveraufgebot der Philister hat den Heerbann der Reaktion verstärkt. Es ist also bei den Hottentottenwahlen 1907 ganz ähnlich hergegangen wie bei den Faschingswahlen 1887, als auch die bisher politisch indifferenten Wählermassen sich durch grausliche Ausmalung der Juuden und Rosafalgensfahr in die reaktionären Schutztruppen der Regierung hineinschüchtern ließen. In diesem Beispiel ist aber gleichzeitig auch der Hinweis auf die Heilung des Schadens enthalten. Wie nach 1887 haben wir auch nach 1907 die

gegen uns neu ins Feld geführten Wählermassen durch Aufklärung zu uns herüberzuziehen. Die Aufrüttelung Indifferenten, auch wenn sie zunächst die Wirkung hat, den reaktionären Heerbann zu verstärken, ist an sich immer erfreulich. Wenn Proletarier erst einmal beginnen, sich um das öffentliche Leben zu bekümmern, können sie schließlich zur Erkenntnis ihrer Klassenlage kommen. Und daß sie dann schließlich den richtigen Weg in das sozialdemokratische Lager finden werden, dafür können wir der Verbekraft unserer Ideen vertrauen. Dabei können auch die Genossinnen mitwirken, deren eifrige Unterstützung bei der Wahlagitation rühmend anerkannt werden muß.

Aber die Tatsache, daß durch Ausmalung der Gefahren, mit denen ein paar hundert fürchterliche Hottentotten Ehre, Ansehen und Bestand des Deutschen Reiches bedrohen, die Philistercharen sich für die Bülowgarde pressen ließen, reicht nicht völlig aus, um die Wahlergebnisse zu erklären. Es kommen noch andere Gründe hinzu. Vor allem wirkt der gegenwärtige geschäftliche Aufschwung darauf hin, die weit verbreitete Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen, die sich in Kleinbürgerlichen Kreisen verbreitet hatte, zu heben und deren oppositionelle Gelüste einzuschläfern. 1903 hatte uns diese Unzufriedenheit zahlreiche schwarzleberische Mitläufer zugeführt, denen jetzt die Mörgeleucht durch die geschäftliche Prosperität ausgetrieben ist. Bei der völligen Unkenntnis von den Grundbedingungen des Entwicklungsganges im kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe ist es erklärlich, daß sie die zeitweilige Prosperität als eine dauernde ansehen und nichts oder wenig mehr zu nörgeln finden in dieser besten aller Welten. Für uns ist es immerhin eine erfreuliche Tatsache, daß der Abfall Kleinbürgerlicher Mitläufer mehr als wettgemacht ist durch den Zuwachs aus proletarischen Kreisen. Nur im Königreich Sachsen und vereinzelt anderen Gegenden ist dieser Ausgleich nicht eingetreten. In Sachsen hat durchweg ein Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen stattgefunden, wie ja auch umgekehrt nirgends so stark wie in Sachsen die sozialdemokratischen Stimmen 1903 gegen 1898 in die Höhe geschossen waren. Beide Erscheinungen, der Rückgang jetzt wie das ungewöhnlich starke Aufschwellen damals, erklären sich daraus, daß für die sozialdemokratischen Wahlsiege 1903 zu den allgemeinen Ursachen in Sachsen auch spezielle Gründe hinzugekommen sind, die das Kleinbürgertum zu ausgesprochen oppositionellen Demonstrationen mit dem Stimmzettel veranlassen hatten. Es waren durch die schlechte Finanzwirtschaft Steuerzuschläge notwendig geworden, und — so sonderbar es erscheinen mag — die Hofflandale, die aus der Eheirung der Kronprinzessin Luise erwachsen, hatten die bürgerlichen Kreise tief erbittert, so tief, daß sie sich vorübergehend zur Unterstützung der Sozialdemokratie aufschwangen. Ein recht ungünstiges Licht auf diese Kreise wirft allerdings die Erscheinung, daß die Wirkung der weit wichtigeren politischen Ursachen, der Lebensmittelpreuerhöhung und des Wahlrechtsbrauchs, auf sie nicht nachhaltiger gewesen ist. Die Prosperitätsperiode hat bei jenen Leuten den Unmut über die schmähliche Politik der Regierung und der bürgerlichen Parteien ausgelöscht. Mit hoher Befriedigung können wir demgegenüber konstatieren, daß auch in Sachsen die Arbeiterklasse mit Begeisterung für die Sozialdemokratie gearbeitet und gestimmt hat. Sie wird durch verstärkte Propaganda unter dem Proletariat den Abfall Kleinbürgerlicher Elemente bald ausgleichen.

Nächst dem Hottentottenpopanz haben die Regierung und ihre Handlanger in den bürgerlichen Parteien der Vorgaukelung einer neuen Kulturkampfkära einen Teil ihrer Erfolge zu danken. Auf diesen Köder haben die Liberalen angebissen. Es dämmert ihnen jetzt schon auf, wie sehr sie damit genasführt worden sind. Als Bülow und Fernburg den Schlachtruf: „Gegen das Zentrum!“ ausstießen, zuckten den Liberalen Frühlingshoffnungen durch das Gebein. Sie glaubten schon, eine neue liberale „Ära“ werde vom Hofe und der Bureaucratie dem ewig hoffnungslosen liberalen Bürgersmann beschert werden. Und dann taten sie das Dummste,

was sie als Liberale tun konnten: sie leisteten den reaktionären Parteien Zutreiberdienste gegen die Sozialdemokratie. Das Resultat war, daß dem Zentrum als einer der Parteien der wirtschaftlichen Reaktion kein Haar gekrümmt wurde, aber den Sozialdemokraten durch das Aufgebot der bisher indifferenten Massen des Bürgertums eine Anzahl Siege abgenommen wurden. Den Löwenanteil an dieser Beute werden jedoch die reaktionären Parteien davontragen; den drei liberalen Gruppen wird schwerlich auch nur ein Duzend neuer Mandate zufallen. Damit verflüchtigt sich die Hoffnung auf einen liberalen Aufschwung vollständig. In eine solche Illusion konnten sich überhaupt nur Leute hineintäuschen lassen, denen jeder politische Weitblick durch die Mandatsangst und den Mandats Hunger ausgetrieben ist. Die neuen Mandate hat der Liberalismus überhaupt nicht als Oppositionspartei, sondern als Regierungspartei errungen. Das geht daraus hervor, daß er gegen die Konservativen Ostelbiens gar keine Fortschritte gemacht hat, und daß dort, wo er gegen die Sozialdemokratie im Kampfe stand, in den großen Städten, die Beamten und sonstige Regierungsparteiler in Scharen zu ihm übergegangen sind. Am deutlichsten trat dies in den Berliner Wahlkreisen zutage, wo die liberalen Stimmen überall stark zugenommen, die konservativen abgenommen haben.

Daß in Berlin und den Nachbarreisen die Sozialdemokratie ihre Mandate siegreich behauptet und nicht weniger als rund 80 000 Stimmen, also 25 Prozent Zuwachs gegen 1903, gewonnen hat, ist eine der erfreulichsten Erscheinungen dieses Wahlkampfes. Es ist das ein unbestreitbarer Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie mit der entschiedensten Betonung ihrer Klassenkampftaktik und ihrer revolutionären Ziele auch in den Gegenwartskämpfen auf die Dauer die besten Erfolge erzielt. Nichts ist falscher, als die früher von einigen Genossen genährte Auffassung, daß wir bei Konzeptionen an bürgerliche Anschauungen und Methoden besser fahren würden. Vielfach gewinnt man mit solcher Taktik vorübergehend die Beihilfe einiger unsicherer Kantontisten aus Kleinbürgerlichen und Literatenkreisen; man lähmt aber damit die Begeisterung und Stoßkraft der proletarischen Klassenkämpfer, und die Bewegung büßt so an Verbekraft unter den Massen wie an Kampffähigkeit ein. Es wäre eine der erfreulichsten Nachwirkungen der Wahl von 1907, wenn die Neigung zur revisionistischen Taktik, wo sie bis jetzt noch in den Köpfen einiger Genossen gespult haben sollte, bis auf den letzten Rest in dem läuternden Feuer der Gegenwartskämpfe verzehrt würde.

Und wie jetzt die Genossen und Genossinnen überall mit Feuereifer in den Stichwahlkampf sich hineinstürzen, um so viel Mandate wie möglich durch Aufbringung aller Kräfte zu sichern und die Bildung einer wahlrechtsfeindlichen Reaktionsmehrheit zu hindern, so wird auch — des können wir gewiß sein — eine zwar durch den Ausgang der Wahl im Vormarsch gehemmte, aber an Zahl nicht geschwächte und dabei obendrein innerlich gefestigte Partei mit verdoppeltem Schwung vorwärts dringen zu größeren Kämpfen und neuen Siegen. G. Ledebour

Auf zur Stichwahl!

Die Hauptschlacht ist geschlagen. Geradezu Unglaubliches an schmutzigster Verleumdung und Lüge gegen uns ist dabei geleistet worden. Kaffernblock und Zentrum haben versucht, bei diesem unfauberen Handwerk sich gegenseitig den Rang abzulaufen. Das Zentrum hat es wiederum verstanden — wie schon so oft —, den religiösen Fanatismus zu entflammen, um seine politischen Sünden vergessen zu machen; ja noch mehr: in unerhörter Demagogie hat es die Wähler aufgerufen zum Protest gegen die unerträgliche Volksbelastung und Ausbeutung, die es selbst mit verschuldet hatte, — was wohlweislich verschwiegen wurde. Der Kaffernblock dagegen entsachte den ideoften Chauvinismus und sang mit der nationalen Phrase den dummen Michel ein.

Just wie im Jahre 1887 bei den Faschingswahlen wurde gearbeitet. Sogar die farbigen Bilderbogen und Schauerromane fehlten nicht nur daß sie diesmal die Leiden unserer Soldaten und der Farmer in den Kolonien zum Gegenstand hatten. In der Schlammschlacht der Lügen und Verdächtigungen

lehren selbst jene tausendmal widerlegten wieder, die man im Jahre 1903 kaum mehr hatte zu hören bekommen. Der Reichs-Bettel- und Lügenverband kennt eben sein Publikum. Seine Werbeagenten, selbst der Abhug der Bevölkerung, wußten, was not tat, um nicht nur die Spießer wild zu machen, sondern auch den politischen Bodensatz der Bevölkerung gegen uns auf die Beine zu bringen.

Mit Hilfe dieser Truppen ist es der konservativ-liberalen Reaktion dann gelungen, uns eine ganze Anzahl Mandate zu entreißen. So tief schmerzlich das ist — besonders in Kreisen, wo Genossen und Genossinnen mit dem Aufgebot ihrer ganzen Kraft gearbeitet haben —, so haben doch weder unsere Gegner Ursache zu einem großen Triumphgeschrei, noch wir Ursache zur Verzweiflung und Niedergeschlagenheit. Dem Verlust der Mandate steht die Neugewinnung von zirka 150.000 Stimmen gegenüber. Und mit Fug und Recht können wir behaupten: wer diesmal, bei der ungeheuren, fiebschaften und skrupellosen Agitation unserer Gegner, zu unserer Fahne hielt, der geht nicht mehr verloren.

In 87 Wahlkreisen stehen wir zudem noch in der Stichwahl. Da gilt es, jetzt mit ganzer Leidenschaftlichkeit und zäher Ausdauer ans Werk zu gehen. Der Empörung, dem Zorne ob all des erlittenen Unrechtes, der Ausbeutung, der Unterdrückung, der Entrechtung, welcher wir ausgesetzt sind, muß sich hinzugesellen die Empörung ob der schmutzigen, skrupellosen Kampfesweise unserer Gegner und — ob der unglaublichen Dummheit so vieler deutscher Michel, die sich betören lassen, ihr Wahlrecht zu mißbrauchen, damit die Brotwucherer und Volkseutrichter sich um so fester in den Sattel setzen konnten.

So rufen wir denn allerorts, wo wir in Stichwahl stehen, unseren Genossinnen zu: „Nuzet die Stunden.“ Bedenket zweierlei: Es gilt als nächstes Ziel, noch eine Anzahl Mandate zu erringen, um unseren Einfluß auf die Gesetzgebung zu stärken. Und welches Interesse die Proletarierinnen daran haben, ist in jeder Nummer unserer Zeitschrift, besonders aber in den beiden letzten Nummern klarlich nachgewiesen worden. Dann aber gilt es vor allem, die Erregung der Wahlbewegung für unsere Aufklärungsarbeit im allgemeinen zu nutzen. Das Ergebnis der Hauptwahlen hat uns in überragender Beleuchtung gezeigt, welche Riesearbeit es hier noch zu tun gibt.

Die Kämpfe des Proletariats, ob auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiet, sie spizen sich unausgesetzt mehr zu. Der einen reaktionären Masse der Herrschenden und ihrer Schleppentäger steht das um seine Befreiung aus Kapital-Banden kämpfende Proletariat gegenüber. Die Zahl seiner Kämpfer zu mehren, diese Kämpfer zu klarsichtigeren, zielstärkeren Waffenbrüdern und -schwestern zu erziehen, ist unsere Aufgabe. Niemals aber ist die Bevölkerung aufnahmefähiger für die sozialistischen Ideen als bei dem Massenaufgebot und der Erregung der Wahlbewegung.

Deshalb auf zur Stichwahl! Zu den Kampf! Nuzet die Stunden! Der Erfolg wird uns lohnen!
Luise Zieg.

Mahnruf.

Genossinnen! Liebe Genossinnen! Aus weiter Ferne rufe ich zu Euch! Ich kann nicht in Eurer Mitte sein, nicht selbst Euch sagen, was mir im Herzen brennt in dieser Stunde. Aber meine Liebe ist bei Euch und mein Sehnen. Und über Berge und Seen kommt meine Stimme rufend zu Euch.

Genossinnen! Ich bin von Eurer Stamme. Eure Sache ist die meine; Eure Arbeit und Eure Not ist auch die meine; Euer Ringen und Euer Streben erfüllt auch mich. Euer Kampf ist mein Kampf; Euer Sieg mein Sieg. Das gleiche Licht leuchtet uns voran, und ich gehe mit Euch diesem Lichte nach.

Genossinnen! Ein Tag des Kampfes, für den wir heiß gerungen, liegt hinter uns. Gern hätten wir geholfen, den Sieg wieder an unsere Fahne zu heften. Es ist uns nicht gelungen, so wie wir es wünschten. Die Gegner heben nun ein Zeichen an und sprechen von Rückgang und von Niederlage in unseren Reihen. Sie möchten die Gleichgültigen, die nicht selbst Denkenden jetzt glauben machen, daß unsere Bewegung ihren Höhepunkt überschritten und unsere Sache ihre Unzulänglichkeit bewiesen habe.

Genossinnen! Ich rufe Euch zu mit brennender Seele: Laßt nicht Muffigkeit, nicht Niedergeschlagenheit bei Euch einporwachfen! Gönnt es der momentanen Betrübniß nicht, daß sie Euch daniederwerfe! Nicht einen einzigen Augenblick dürft Ihr erschüttert werden im Glauben an unsere große Sache! Ihr wißt es ja, um was wir kämpfen: um Freiheit und heiligste Menschenrechte! Wir leiten die Berechtigung zu diesem Kampfe nicht ab aus der flüchtigen Forderung des Tages, auch nicht aus leichtsinnigem, frevelhaftem Begehren. Das Höchste, was es gibt, ist unser Kampfespreis: die Befreiung der Menschenwürde aus rechts-widrigen Fesseln und aus elender Knechtschaft! Die Berechtigung zu unserem Kampfe liegt in der ganzen Entwicklung der Menschheitsgeschichte begründet; sie steht für uns fest wie ein Fels im Meere, und die brandende Woge der wechselnden Tage kann sie nicht hinwegspülen.

Wir sind unserer Sache gewiß!

Daran wollet denken in diesen Tagen, Genossinnen! Von diesem Gesichtspunkt aus wissen wir, was wir jetzt zu tun haben. Es ist ein Doppelpes. Zunächst eine Frage: Woher kam uns dieses Hemmnis im Siegeslauf?

Eine rückhaltlose Prüfung unserer selbst tut da not. — Es ist in allen Lebenslagen eine große Weisheit, wenn wir ein scheinbares Hindernis aus eigener Kraft für uns zum

fördernden Moment machen und damit gerade in sein Gegenteil verkehren können. Das Geheimnis dieser Weisheit liegt nicht zum mindesten in der Ehrlichkeit unserer Selbstprüfung. Je rücksichtsloser und eifriger, je öfter und anhaltender wir uns selbst unter der Kontrolle halten und strenge Selbstzucht an uns üben, um so weniger brauchen und können andere uns „was am Zeuge flicken“.

Genossinnen! Das sei unsere Sorge auch jetzt: eine ernste Selbstprüfung an uns zu vollziehen, jede einzelne von uns an ihrem Teile. Eine jede frage sich, wo sie etwa nicht voll und ganz ihre Pflicht getan hat in der vergangenen Zeit. Unser Kampf ist schwer; er verlangt von jedem, der mitarbeitet, eine ganze Kraft. Und in dem ganzen weiten Kreise der Genossen ist keiner entbehrlich in diesem Kampfe. Sage niemand: „An mir liegt es ja nicht, einer mehr oder weniger, das wird keinen großen Unterschied machen!“ Wer so spricht, dem fehlt es noch gar sehr an dem nötigen Ernst in der Auffassung unserer Arbeit. Wo immer der einzelne seine Pflicht nicht tut, da schädigt er das Ganze, da begeht er geradezu ein Verbrechen an unserer heiligen Sache.

Und wer von uns kann sich da wohl ganz von Fehlern freisprechen? Fragen wir uns: Haben wir uns nicht oft von kleinlichen Rücksichten leiten lassen? Haben wir nicht zuweilen persönliche Angelegenheiten über das große Ganze gestellt? Haben wir uns nicht manches Mal von kleinen Gegenwärtigen blenden lassen und in dem Streben nach einem größeren Stück Brot vergessen, daß es sich in letzter Linie nicht darum handelt, uns und unseren Klassengenossen ein besseres Plätzchen in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu erringen, sondern daß es gilt, diese Gesellschaftsordnung selbst zu überwinden — daß nicht Hebung der Arbeiterklasse, sondern Aufhebung der Lohnarbeit unser Endziel ist! Wenn wir uns so ernstlich prüfen, werden wir wohl einsehen, daß wir hier und da Schuld auf uns geladen haben, eine Schuld, die bei unserem jetzigen Mißerfolg mit in die Waagschale gefallen ist.

Doch darüber wollen wir nun nicht fruchtlos klagen, sondern ein froher und starker Wille zum Bessermachen soll in uns erwachen. Noch viel sorgfältiger als bisher wollen wir fortan auf uns und unser Tun achtgeben. Unser Schild muß rein sein und bleiben; jeder einzelne muß die Ehre des Ganzen in seinem Handeln tragen und hochhalten. Falsche Einseitigkeit und Unzulässigkeit schadet unter Umständen ebensosehr wie Laxe Gleichgültigkeit und Lauheit. Auch kann niemand mit dem Kopf durch die Wand rennen; wer es dennoch versucht, schadet nur sich selbst und der Sache, nützt aber niemandem. Geduld tut uns vielmehr not, nicht die leidende, sich beugende Geduld, sondern die unaufhörlich weiterschaffende, und die zähe, harte Beharrlichkeit, die nicht müde wird, sondern arbeitet in unablässigem, starkem Ringen. Wenn wir siegen wollen, so müssen wir eine kluge Anpassungsfähigkeit verbinden mit einem adlerscharfen Blick für das, was uns den Weg zum Ziele verlegt und somit von uns und unseren Prinzipien abgeleitet werden muß. Es gehört viel Weisheit dazu, da immer den richtigen und guten Weg zu treffen. Aber durch den Blick auf unser großes Ziel werden wir uns immer neu orientieren können; dieser Kompaß läßt uns nie im Stich, wenn wir uns nur helle Augen bewahren. Eine haarscharfe, gerade Richtungslinie aufs Ziel, aber ein weiter, freier Blick, — das ist es, was uns not tut!

Fehler sind dazu da, daß man aus ihnen lerne; dann werden sie nicht zum Fluch, sondern zum Heil. So sei es auch bei uns! Was wir nicht recht getan, das wollen wir bessern; was wir unterlassen haben, das wollen wir nachholen. Dann entspringt aus ernster Selbstprüfung erneute Kraft; dann stehen wir nicht still jetzt, sondern schreiten fort, der Höhe, der Freiheit zu.

Und darum, nach der Selbsteinkehr noch ein Zweites: ein starkes, emsiges Weiterarbeiten mit verdoppeltem Fleiße! Nur nicht einen Augenblick die Hände in den Schoß legen! Unsere Sache darf nie ruhen. Wenn wir nicht schaffen, so schaffen unsere Gegner derweilen mit dreifachem Eifer. Unser Kampf steht nicht still, und gerade in diesem Moment haben wir mehr als je zu tun. Denkt daran!

Legt das Schwert nicht aus der Hand, sondern besinnt Euch darauf, was in den nächsten Tagen Eure Pflicht ist! Die Stichwahlen stehen noch bevor und rufen wieder alle auf den Plan. Seid treu, eifrig und beharrlich!

Und dann laßt die Gegner triumphieren, soviel sie mögen! Haben sie jetzt auch hier und dort scheinbare Siege über uns errungen, — unsere Sache geht dennoch voran! Die Sache der Freiheit und der Menschenwürde kann wohl Hemmnisse erfahren auf dem Wege, aber der Sieg gehört doch ihr, früher oder später. An uns liegt es, zu tun, was wir können für diesen Sieg, ein jeder treu an seinem Plaze. Das Jubelgeschrei der Feinde darf uns nicht schrecken; ihre Sache trägt ihr Schicksal in sich selbst. Wir müssen den Kampf gewinnen, denn wir helfen nur, dem großen Ziele der Menschheitsentwicklung näher zu kommen; wir arbeiten nur daran, den natürlichen Fortschritt der Geschichte zu beschleunigen, dem sich auch die mächtigste Reaktion auf die Dauer nicht in den Weg stellen kann, ohne zermalmt zu werden.

Wohlan denn, Genossinnen! Mutig weiter im heiligen Kampfe! Die rote Fahne zieht uns voran; ihr Rauschen in den Lüften ist Siegesfang, — ein Sang von Recht und Freiheit, von Menschentum und Glück!

Fester als je laßt uns zusammenhalten und das Bündnis erneuern, das unser Marx zeit seines Lebens proklamirte: das Bündnis der Leidenden und Denkenden, das Bündnis des Proletariats und der Wissenschaft, im Dienste der neuen Menschheit!

Zürich-Lugano, 27. Januar 1907

Hanna Dorsch.

Die bürgerlichen Frauen im Wahlkampf.

Bereits in der vorigen Nummer der „Gleichheit“ haben wir die Unklarheit und Heuchelei, mit der die bürgerlichen Frauen sich am Wahlkampf beteiligen, gebührend gewürdigt. Die neu gegründete „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“, herausgegeben von Anita Augspurg, segelt genau in demselben Fahrwasser. Dort läßt sich Fraulein Heymann über „Partei-politik“ folgendermaßen vernehmen: „Daß der deutsche Verein für Frauenstimmrecht als solcher überhaupt über den Parteien steht, ist so selbstverständlich, daß es kaum der Erwähnung bedarf.“ Es kann sich für ihn nicht darum handeln, „ob diese oder jene Partei mit so und so viel Mandaten mehr aus dem Wahlkampf hervorgeht, sondern daß Abgeordnete in die Parlamente kommen, die wahren Fortschritt und wahren Liberalismus vertreten“. Die Mitglieder des Vereins für Frauenstimmrecht haben auch niemals „gegen Bebel und Vollmar gearbeitet, sondern sie haben, wenn aufgefordert, ihre Mithilfe in deren Wahlkreisen verweigert, mit der Begründung, daß diese Männer für sie zu den ersten und besten Vertretern unserer Parlamente gehören“. Selbst wenn man dieser Erklärung glauben dürfte — die Hamburger Genossinnen sind darüber freilich anderer Ansicht —, so ist doch die rein negative Versicherung, daß man diesen Männern nicht entgegengearbeitet habe, immerhin ein sonderbarer Ausdruck für die berühmte Unparteilichkeit. Man behauptet, überall für die Persönlichkeiten eintreten zu wollen, die „den wahren Fortschritt vertreten“, unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit. Aber wenn diese „Persönlichkeiten“ zufällig Sozialdemokraten sind, glaubt man schon ein übriges getan zu haben, wenn man ihnen nicht entgegenarbeitet, auch wenn es sich dabei um die „ersten und besten Vertreter unserer Parlamente“ handelt!

Mehrere Frauenstimmrechtsvereine haben an die Vertreter aller Parteien Anfragen über ihre Stellungnahme zum Frauenstimmrecht gesandt und die Kandidaten vor das Forum öffentlicher Frauenversammlungen geladen. Wenn dann aber, wie in Dresden, als einziger der sozialdemokratische Kandidat der Einladung folgt und die grundsätzliche Befürwortung der Frauenrechte seitens seiner Partei und seiner Person darlegt — da fühlt man sich geniert, man fürchtet „Mißdeutungen“ und „falsche Darstellungen“ in den Blättern. Fatal wäre es doch, wenn man in den Geruch käme, mit den „Roten“ zu sympathisieren! Aber Parteirücksichten kennt man trotz alledem nicht!

Warum nur, möchten wir fragen, beharren die bürgerlichen Frauen bei diesem ebenso törichten wie heuchlerischen Unparteilichkeitsgerede? Sie möchten doch endlich einsehen, daß sich die Proletarierinnen dadurch nicht einsparen lassen. Warum erklären sich die Damen nicht, wie es Marie Vischniewska kürzlich ganz folgerichtig vorgeschlagen hat, offen und ehrlich als Anhängerinnen des Freisinn, zu dem sie doch ihr Herz und Sinnes drängt? Die Männer des „entschiedenen Liberalismus“ sind es doch, denen ihr Liebeswerben gilt. Man läßt die Angehörigen aller Parteien ein, nun ja, aber sie, nur sie hofft man zu sehen. „Viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt!“ Man sendet Anfragen an alle, aber nur von ihnen, den „entschiedenen Liberalen“, hofft man die ersehnte Antwort zu hören. Wie ist man da schon dankbar für das leiseste Liebeszeichen! Dr. Barth hat in seiner Broschüre „Was ist Liberalismus?“ unter seinen Forderungen beiläufig aufgeführt: „Kein grundsätzlicher Ausschluss des weiblichen Geschlechtes von der öffentlichen und politischen Tätigkeit.“ Und schon weint Frau Minna Cauer Tränen des Glückes und der Freude ob dieser „Wandlung“. Ja, den Barth, Raumann, Gerlach, Müller-Reiningen, Wlaff usw., ihnen gilt im Grunde die Sehnsucht der bürgerlichen Frauen. Wenn sie nur wollten, „Gesellschaft könnten sie die allerbeste haben“!

Aber freilich, die liberalen Helben wollen meist nicht! Und es ist deshalb vielleicht auch etwas vom Stolz der verschmähten Liebe, was die bürgerlichen Frauen abhält, klar und offen für den Freisinn einzutreten. Denn es gibt viele Enttäuschungen in dieser Liebe. Dafür nur ein Beispiel:

Fünf Frauen wollten im zweiten Berliner Wahlkreis einer Wählerversammlung des freisinnigen Bürgermeisters Dr. Reide beiwohnen. Sie wurden jedoch am Eingang des Saales barsch zurückgewiesen. Auch ein Appell an den Vorsitzenden hatte keinen Erfolg. Schließlich wurde den Frauen der Bescheid, daß die Polizei ihre Anwesenheit nicht gestatte. Die Damen ließen sich hierdurch nicht abschrecken. Sie erkundigten sich im nächsten Polizeibureau und erfuhren dort, daß ein solches Verbot nicht vorliege. Trotzdem wurde ihnen nach wie vor der Eintritt verweigert, und sie mußten unverrichteter Sache abziehen. — Nun regte sich der Stolz in den verschmähten Herzen: in einer bürgerlichen Frauenversammlung wurde der Vorschlag gemacht, unter diesen Umständen der liberalen Kandidatur im zweiten Wahlkreis einzutreten. Aber die Liebe siegte — „im höheren Interesse“ wurde von solch einem Beschluß abgesehen.

Man will im bürgerlichen Lager ja überhaupt nicht viel wissen von der politischen Betätigung der Damen. So hatte man ihnen am 8. Januar in Berlin den Eintritt in die Dernburg-Versammlung verwehrt. Und sie hätten sich doch so gern über den hohen Wert unserer Kolonien belehren lassen! Gegen diesen Ausschluß protestierten die Damen in beweglichen Worten. In ihrer Resolution heißt es unter anderem: „Wir verurteilen die Kurzsichtigkeit der führenden Männer, welche die breiten Volksmassen für die Fragen der Weltmachtspolitik gewinnen wollen und damit beginnen, daß sie die aufstrebenden Schichten der arbeitenden und denkenden Frauen von der Arbeit für die politische Zukunft ihres Volkes ausschließen. Ein solches Verfahren steht in direktem Widerspruch mit dem kürzlich vom stellvertretenden Kolonialdirektor

Herrn Dernburg geäußerten Wünsche, daß Frauen in die Kolonien einwandern möchten, sowie mit dem von Herrn Professor Rohrbach und anderen Autoritäten aufgestellten Grundfatz, daß eine Besiedlung der Kolonien nur durch Einwanderung deutscher Frauen durchführbar ist. Frauen beanspruchen daher das Recht, jederzeit bei den Beratungen über die Zukunft unserer Kolonien mitgezogen zu werden.

Die Entrüstung hat freilich nicht viel genügt: In der Stuttgarter Dernburg-Versammlung am 23. Januar wurden abermals Frauen nicht zugelassen. Doch nun schwören die Befürworter der Frauen. Der Württembergische Verein für Frauenstimmrecht gibt in einem Inserat im Stuttgarter „Neuen Tagblatt“ seiner „tiefen Verstimung“ über die Ausschließung Ausdruck und fährt dann wörtlich fort: „Wir richten nun an alle Frauen Stuttgarts sowie Württembergs die dringende Bitte, da unser Protest unberücksichtigt blieb, allen Veranstaltungen der in Frage kommenden Vereine, bei denen die Hilfe der Frauen künftig in Anspruch genommen werden soll, sei es durch Geldspenden oder Liebesgaben oder bei Wohltätigkeitsfesten, fernzubleiben. Nur durch einmütiges Vorgehen aller Frauen kann eine Wiederholung derartiger willkürlicher Maßnahmen vermieden werden.“ Eine entsetzliche Drohung! Man denke: die Damen werden auf Wohltätigkeitsbällen nicht mehr tanzen, bei Wohltätigkeitsbasaren nicht mehr in phantastischen Kostümen hinter den Verkaufstischen stehen. Sie werden weder für die innere Mission noch für den Flottenverein mehr Gelder sammeln — wird ein solcher Zustand überhaupt zu ertragen sein? Muß er nicht die Stützpfeiler der „guten Gesellschaft“ ins Wanken bringen? — Fürwahr, zu dem Fluche der Halbheit und Unklarheit gefestigt sich auch noch der Fluch der Lächerlichkeit!

Der deutsche Verein für Frauenstimmrecht befindet sich wahrlich in einer bejammernswerten Lage: die prinzipiellen Vertreter des Frauenstimmrechtes kann und will er nicht unterstützen, und die, die er gern unterstützen möchte, halten nicht viel vom Frauenstimmrecht. Aus diesem tragikomischen Konflikt ergibt sich die Stellung der bürgerlichen Frauen im Wahlkampf — wenn auch nicht über allen Parteien, so doch unter aller Kritik!

Die Stellenvermittlung.

Von Mathilde Wurm.

(Schluß.)

Was haben nun bisher diese nichtgewerblichen Arbeitsnachweise geleistet?

Monatliche Berichte erscheinen im „Arbeitsmarkt“, herausgegeben von Dr. Jastrrow, seit 1897, und im „Reichsarbeitsblatt“, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt, seit 1902. Mit Ausnahme von Charlottenburg fehlen in beiden Berichten die Angaben über die Vermittlungstätigkeit für weibliches Hausgefinde. Nur Ludwig macht in seinem schon erwähnten Buche einige Angaben darüber.

Im Jahre 1902 gab es in Bayern eine Landeszentrale, 46 städtische Arbeitsämter auf paritätischer Grundlage und gar keine karitative Stellennachweise. Von den 46 Arbeitsämtern haben in der letzten Hälfte der neunziger Jahre 9 die Vermittlung von weiblichem Hausgefinde in ihre Tätigkeit miteinbezogen. Es sind dies die Arbeitsämter in München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Regensburg, Bamberg, Bayreuth, Kronach und Kulmbach; die drei letztgenannten erst seit dem Jahre 1902. Hier zeigt sich, was ein gut organisierter Arbeitsnachweis trotz der Konkurrenz der gewerbsmäßigen Vermittler zu leisten vermag. So hat das städtische Arbeitsamt in München im Jahre 1902 für weibliches Hausgefinde allein von 11133 offenen Stellen, von 9877 Stellengesuchen und von 6554 Vermittlungen zu berichten. Das sind fast 60 Prozent der offenen Stellen und 70 Prozent der Stellengesuche.

Württemberg darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, zuerst den Gedanken der kommunalen Arbeitsvermittlung in Deutschland propagiert zu haben. Es besitzt zurzeit 14 städtische und paritätische Arbeitsämter, von denen sich nur 4 auch mit der Selbstvermittlung beschäftigen: Stuttgart, Ulm, Cannstatt, Ludwigsburg. Der schon im Jahre 1865 begründete karitative Arbeitsnachweis in Stuttgart ist zum Schaden des städtischen Arbeitsamtes bestehen geblieben und bildet schon deshalb für diese später begründete Institution eine scharfe Konkurrenz, weil dieser ehemals karitative Nachweis inzwischen ein gewerbsmäßiges Institut geworden ist. Das Stuttgarter Arbeitsamt berichtet aus dem Jahre 1902 für weibliches Hausgefinde von 5093 Nachfragen, 2080 Angeboten und 1284 Vermittlungen. Das sind etwa 24 Prozent der Nachfragen und 64 Prozent der Angebote. Nach Ermittlungen des Stadtpolizeiamtes in Stuttgart kamen durch gewerbsmäßige Vermittler in derselben Zeit 6991 Vermittlungen zustande, also mehr als das Fünffache.

Baden steht in Zahl und Organisation seiner Arbeitsnachweise hinter Bayern und Württemberg zurück, wenn auch die Arbeitsnachweise in diesem Bundesstaat schon seit 1895 zu einer Landeszentrale vereinigt sind. Den Gedanken der Parität und der kommunalen Verpflichtung scheint diese Zusammenziehung nicht gefördert zu haben, denn von den 12 bestehenden Arbeitsnachweisen sind nur 5 kommunal paritätisch, die anderen 7 karitativ organisiert; zu den letzteren gehören gerade die frequentesten. Neben der Zentralstelle für unentgeltlichen Arbeitsnachweis in Mannheim, die auch weibliches Gefinde vermittelt, muß ganz besonders der dortige erst im Jahre 1900 begründete Nachweis für Dienstboten erwähnt werden, der an die Ortskrankenkasse angeschlossen ist. Da Baden einer von den sechs Bundesstaaten ist, in welchem die Krankenversicherung für Dienstboten seit dem Jahre 1892 obligatorisch ist, vereinigt

die Ortskrankenkasse Mannheim in sich: Invalidenversicherung, Krankenversicherung und Stellenvermittlung. Die Vermittlung ist für Arbeitnehmer unentgeltlich, Arbeitgeber zahlen 1 Mk. Einschreibgebühr. Dieser Arbeitsnachweis ist der einzige im Reiche (im Jahre 1902), der ein die Nachfrage überwiegendes Angebot zu verzeichnen hatte. Wie Genossin Hoffmann-Mannheim auf der letzten Frauenkonferenz betonte, sind die in Mannheim bei diesem Nachweis gemachten Erfahrungen nur gute.

Im Großherzogtum Hessen gibt es nur drei städtische Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage, in Gießen, Mainz, Worms, außerdem in Offenbach einen Kreisarbeitsnachweis und in Darmstadt eine Zentralanstalt karitativer Art für Arbeits- und Wohnungsnachweis. In Mainz, Worms und Darmstadt wird durch die genannten Stellen weibliches Hausgefinde vermittelt, bis jetzt aber nur in geringem Umfang.

Preußen geht selbstverständlich auch in der Frage der Arbeitsnachweise nicht in Deutschland voran. Am 1. Mai 1903 wurden gezählt: 39 kommunale Arbeitsnachweise, 24 karitative, zwei von weiteren Kommunalverbänden errichtete und 5 von Landwirtschaftskammern. Von diesen beschäftigten sich im ganzen 11 kommunale und 8 karitative Nachweise mit der Vermittlung von weiblichem Hausgefinde. Nicht einmal Berlin hat einen kommunalen Arbeitsnachweis. Der Zentralverein für Arbeitsnachweis in Berlin ist zwar paritätisch organisiert und wird von der Stadt subventioniert. Da dies jedoch in zu geringem Umfange geschieht und auch die Mitgliedsbeiträge und die Beiträge der Facharbeitsnachweise nicht gerade hoch sind, wird die Leistungsfähigkeit des Zentralvereins für Arbeitsnachweis durch dauernden Geldmangel wesentlich beeinträchtigt. Seit Juni 1905 vermittelt die weibliche Abteilung auch weibliches Hauspersonal, doch untersteht die Dienstbotenvermittlung einem besonderen, nur aus Arbeitgebern zusammengesetzten Kuratorium, ist also nicht paritätisch organisiert. Nach dem erst kürzlich erschienenen Jahresbericht wurden gemeldet vom 19. Juni bis 31. Dezember 1906: 2575 Nachfragen, 612 Angebote und 432 Vermittlungen. Erfolge können überhaupt nicht erzielt werden, dank der für diesen Zweig der Vermittlung sehr ungünstigen Lage des Arbeitsnachweises und der durchaus ungenügenden Propaganda infolge Geldmangels. In Schöneberg leidet der Nachweis für Dienstboten an seiner örtlichen Lage und außerdem an viel zu engen Räumlichkeiten. Besser sind die Verhältnisse in Charlottenburg, wo der seit einem Jahre bestehende städtische Arbeitsnachweis in seiner Zweigstelle für weibliches Hauspersonal für den Monat Oktober 1906 bei 591 Stellengesuchen und 1024 offenen Stellen 338 Vermittlungen hatte.

Im ganzen Königreich Sachsen bestehen überhaupt keine städtischen Nachweise mit Dienstbotenvermittlung. In Dresden wurde im Jahre 1888 von dem Verein gegen Armennot und Bettelei ein Arbeitsnachweis gegründet, der selbstverständlich von den Arbeitern gemieden wird. Die seit zwei Jahren hinzugekommene Vermittlung von Hausgefinde hat so lächerlich geringe Zahlen aufzuweisen, daß sie anzuführen nicht lohnt. In Leipzig hat der Verein für Arbeitsnachweis die Vermittlung von Hausgefinde im Jahre 1901 übernommen. Es besteht ein Frauenausschuß aus acht Mitgliedern, dem Genossin Frenzel mit einer zweiten Genossin seit drei Jahren angehört. Der Arbeitsnachweis ist paritätisch organisiert.

Elfaß-Lothringen hat 18 kommunal-paritätische Arbeitsnachweise, an die in Straßburg die Vermittlung für weibliches Hausgefinde angeschlossen ist.

Auch in Braunschweig findet durch das städtische Arbeitsamt eine allerdings noch geringe Vermittlung von Dienstmädchen statt.

In allen übrigen deutschen Bundesstaaten sind bis jetzt noch die gewerblichen Stellenvermittler unbeschränkte Herren über die Vermittlung für weibliches Hauspersonal.

Im ganzen Deutschen Reiche existieren zurzeit 156 städtische Arbeitsnachweise. Nur 30 davon beschäftigten sich im Jahre 1903 mit der Vermittlung von Dienstboten, außerdem noch 12 allgemein karitative (ohne die konfessionellen Nachweise, Haushaltungsschulen und dergleichen mehr). Diese karitativen Nachweise sind fast niemals unentgeltlich, sondern erheben eine sogenannte Einschreibgebühr. Diese unterscheidet sich nur durch ihren geringeren Betrag von der Vermittlungsgebühr, die der gewerbsmäßige Vermittler erhebt, ist aber im Grunde dasselbe, ja vielleicht ist sie noch schlimmer, weil sie pränumerando erhoben wird, ohne Verpflichtung einer Gegenleistung. Der karitative Arbeitsnachweis ist der Entwicklung des kommunalen paritätischen Arbeitsnachweises hinderlich und durch Gesetz ebenso zu verbieten wie der gewerbsmäßige.

Was ein gut organisierter und ausreichend subventionierter Arbeitsnachweis für weibliches Hauspersonal zu leisten imstande ist, zeigt das Wiener städtische Arbeits- und Dienstvermittlungsamte, das in den 20 Bezirken Wiens je eine Dienstvermittlungsstelle errichtet hat. Im Jahre 1904 wurden dort insgesamt für weibliches Küchen- und Zimmerpersonal bei 68713 offenen Stellen und 77202 Stellengesuchen 58101 Stellen vermittelt! Auch hier wird aber noch über die unlautere und gefährliche Konkurrenz der gewerbsmäßigen Stellenvermittler gellagt.

Unsere Forderung muß sein, daß für das weibliche Hausgefinde der kommunale, paritätische und unentgeltliche Arbeitsnachweis eingeführt wird. Selbstverständlich darf die Parität keine papierne sein, sondern eine wirkliche, und eine Organisation der Dienstboten wie der Arbeiter überhaupt hat für eine wirksame Einhaltung der Parität zu sorgen.

Die Leitung des Arbeitsnachweises für weibliches Hausgefinde muß unbedingt in den Händen einer Frau liegen.

Nicht ihr Bildungsgrad, sondern das Verständnis, welches sie für dieses schwierige Amt mitbringt, sei entscheidend für ihre Anstellung. In der Praxis wird sich die Leiterin schon rasch genug den sicheren Blick aneignen, um zu individualisieren, was unumgänglich nötig ist. Auch muß sie ihre ganze Kraft und Persönlichkeit für ihre Tätigkeit einsetzen können, um den schweren Posten auszufüllen. Eine Ausübung ihres anstrengenden Berufs im Nebenamt würde beiden Teilen zu schwerem Nachteil gereichen.

Das Bureau eines Arbeitsnachweises darf niemals in einem Polizeigebäude untergebracht sein; es muß in kleinen Städten im Mittelpunkt der Stadt, in Großstädten in den Zentren der verschiedenen Stadtviertel liegen und stets über ausreichende Räumlichkeiten verfügen.

Daß dieses Programm erfüllt werde, dafür müssen unsere Genossinnen durch eifrige Agitation sorgen. Sie haben sich auch an unsere Genossen in den Stadtverwaltungen zu wenden, damit diese für die Forderung des kommunalen und paritätischen Arbeitsnachweises auch für das weibliche Hausgefinde eintreten, ebenso für genügende Subventionierung aus städtischen Mitteln.

Die eifrige Propaganda, wie sie bereits von den Genossinnen unternommen wird, muß alle Angehörigen des Dienstbotenberufs aufklären über die von der gewerbsmäßigen Vermittlung betriebene Ausbeutung. Als bestes Mittel gegen die gewerbsmäßige Stellenvermittlung wäre der Nachweis der Dienstbotenorganisation zu betrachten. Durch sie kann auch wirksam die Durchführung des vom Genossen Stadthagen entworfenen Arbeitsvertrags propagiert, das Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl des gesamten Hausgefindes gestärkt und ein immer festerer Zusammenschluß aller dem Dienstbotenberuf Angehörigen herbeigeführt werden.

Aus der Bewegung.

Zur Beachtung.

Wir beabsichtigen, in der nächsten Nummer der „Gleichheit“ eine zusammenhängende Darstellung der Mitarbeit der sozialdemokratischen Frauen im Wahlkampf zu geben, und bitten deshalb die Genossinnen, uns möglichst bald darauf bezügliche Mitteilungen zugehen zu lassen. Die Redaktion der „Gleichheit“.

Von der Agitation. Im Auftrage verschiedener Partei- und Gewerkschaftsorganisationen referierte Unterzeichnete in Versammlungen zu Eberswalde, Bant, Barel, Bracke, Nordenham, Jever, Norden, Emden, Delmenhorst, Bremen, Briesen a. O., Kößlin, Kolberg, Stolp i. P., Lauenburg, Stettin, Bredow, Frankfurt a. Oder, Lobeda-Jena, Neustadt a. Orla, Weida, Kohla, Köstlich, Bürgel, Winserla und Blankenhain. Als Thematika behandelte sie: „Die Rechtslosigkeit der Frau in der heutigen Gesellschaft“, „Der Heimarbeitererschutzentwurf“, „Der Lebensmittelwucher und die Arbeiterchaft“. Die Versammlungen waren mit Ausnahme derjenigen zu Delmenhorst, Bredow und Lobeda gut besucht, zum Teil überfüllt. In Delmenhorst war so gut wie gar nicht für die Versammlung vorgearbeitet worden, auch strömte der Regen vom Himmel herab und hielt die Arbeiter fern. In Bredow, wo es über die Heimarbeit zu sprechen galt, hatte die rege Agitationsarbeit der Genossen und Genossinnen keinen vollen Saal zu schaffen vermocht. Viele der Heimarbeiterinnen glaubten, wir wollten ihnen die Arbeit fortnehmen; andere kamen nicht, weil sie den Lohnausfall von 15 Pf. fürchteten, den sie durch den Besuch der zweistündigen Versammlung erlitten hätten. In Lobeda, einem Orte bei Jena, war der Besuch ebenfalls trotz fleißiger Vorarbeit schwach; eine zweite Versammlung am nächstfolgenden Sonntag in nahen Winserla war überfüllt. In allen Gegenden hat die Unterzeichnete den Eindruck gewonnen, daß es in den Köpfen der Unterdrückten aufzudämmern beginnt. So beteiligten sich in Hinterpommern viele Männer und Frauen an den Debatten und erhoben schwere Anklagen gegen die kapitalistische Ausbeutung. In Kößlin gibt es viele Seidenstickerinnen, welche auf Kongress- und Leinwandmuster vorstuden, die meistens nach England und Amerika verschickt werden. Bei der anstrengenden Arbeit verdienen die Heimarbeiterinnen bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit pro Tag 70 bis 80 Pf. In Stolp i. P. erhalten die heimararbeitenden Weißstickerinnen, die die schönsten und feinsten Stickerien liefern, bei zehn- bis fünfzehnstündiger Tagesarbeit wöchentlich 4,50 bis 5 Mk. Auch die Löhne der pommerschen Arbeiter spotten jeder Beschreibung. Die Streckenarbeiter der Staatsbahn bekommen pro Tag 1,80 Mk. Eine Zündholzfabrik in Lauenburg, die ungefähr 500 Männer und Frauen beschäftigt, entlohnt die Arbeiter für elfstündige tägliche Arbeit vierzehntägig mit 15 bis 18 Mk., die Arbeiterinnen bei der gleichen Arbeitszeit mit 12 bis 15 Mk. Die Nahrung dieser Armen besteht aus Kartoffeln und Buttermilch, Kartoffeln und Hering und trockenem Brot. Ein Glück ist es angesichts dessen, daß die Arbeiterschaft sich gegen diese Knechtung aufzulehnen beginnt. In Lauenburg, wo erst vor 4 oder 5 Monaten eine Organisation gegründet worden ist, haben sich seither schon 150 Männer und Frauen politisch und gewerkschaftlich organisiert. In Kohla, wo die Frauen sehr schwer zum Versammlungsbesuch zu bewegen sind, war die Veranstaltung von Frauen überfüllt, und 71 von ihnen abonnierten die „Gleichheit“. In allen Versammlungen bildeten die Frauen die Mehrheit. Man konnte es ihnen von den Augen ablesen, daß sie mit ganzer Seele an dem Kampfe teilnehmen, den das Proletariat für seine Befreiung aus den Krallen des Kapitalismus führt. Die politischen und gewerk-

schafflichen Organisationen gewannen allorts neue Mitglieder, die Arbeiterpresse und die „Gleichheit“ neue Leser und Leserinnen.

Berta Lungwiz.

In Altona tagte Anfang dieses Monats eine Frauenversammlung, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. „Die Reichstagswahl und die Frauen“ lautete das Thema, das vom Genossen G. R. L. behandelt wurde. Einer Aufforderung der Unterzeichneten, die „Gleichheit“ zu abonnieren, kamen 56 Personen nach. Eine begeisterte Stimmung beherrschte die Versammlung, die am stärksten zum Ausdruck kam in dem brausenden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, mit dem die Versammlung schloß. Die Genossinnen sind durch den Erfolg der Versammlung neu gestärkt. Mit noch größerer Opferwilligkeit als bisher geben sie sich der Agitationsarbeit hin.

Ludwig Baumann.

In Luckenwalde fand Anfang Januar eine gut besuchte öffentliche Frauenversammlung statt. Der Referent, Genosse Sailer, wußte das Interesse der Frauen an der Reichstagswahl zu wecken; man konnte mit Freude wahrnehmen, mit welcher Aufmerksamkeit sie seinen Ausführungen lauschten. Nach einem warmen Appell an die Frauen und Mädchen, sich am Wahltag zur Verfügung zu stellen, schloß der Referent unter großem Beifall seinen Vortrag. Es fand sodann eine kurze Diskussion statt. Einer Aufforderung der Vertrauensperson, dem Frauen- und Mädchenbildungsverein beizutreten, kamen 14 Frauen nach, 26 boten ihre Hilfe für den Wahltag an, ein Zeichen, daß auch hier die Frauenbewegung Fortschritte macht.

Frau Hube.

Von den Organisationen. Ende Januar tagte die Generalversammlung des Ehrenfelder Frauen- und Mädchenbildungsvereins. Laut Jahresbericht hat der Verein recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Zahl seiner Mitglieder stieg auf 110. Die Einnahmen betragen 501,93 Mk., die Ausgaben 408,05 Mk., so daß ein Bestand von 93,88 Mk. verbleibt. Es wäre sehr wünschenswert, daß die Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern mehr für den Verein einträten und ihm ihre Frauen zuführten.

Frau Schü.

Tätigkeitsbericht der Vertrauensperson der Chemnitzer Genossinnen. Vier Jahre war die Unterzeichnete als Vertrauensperson der Chemnitzer Genossinnen tätig. Am Schlusse des vorigen Jahres sah sie sich gezwungen, ihr Amt in die Hände einer anderen Genossin zu legen, da sie Chemnitz verlassen mußte. Sie fühlt sich deshalb veranlaßt, einen kurzen Überblick über die Entwicklung der dortigen proletarischen Frauenbewegung zu geben. Nach dem Stuttgarter Parteitag hatte man auch in Chemnitz Stellung zur Wahl einer Vertrauensperson genommen und in einer Frauen- und Mädchenversammlung die Genossin Niemann gewählt. Nicht ganz zwei Jahre waltete diese ihres Amtes, dann trat Genossin Köhler an ihre Stelle. Unter mancherlei Schwierigkeiten gelang es, eine Kerntuppe von Genossinnen herauszugeben, die sich dank der Bemühungen des Genossen Fröhlich immer enger aneinanderschloß. Als Genosse Fröhlich sein Domizil wechselte, nahm sich Genosse Müller in dankenswerter Weise der Sache an und richtete eine Unterrichtsschule ein. Die Schule hat sich sehr bewährt; es wurden dort das sozialdemokratische Programm und Schriften von Marx und Engels gelesen und diskutiert. Die Genossinnen bereichern durch den Besuch der Lehrenden nicht nur ihr theoretisches Wissen, sondern sie verlieren durch das gemeinschaftliche Vorlesen und Diskutieren auch ihre Schüchternheit, was ihnen für ihre praktische Betätigung von Nutzen ist. So haben einige Genossinnen, die am Unterricht der Schule teilnahmen, beim Bierkrieg im vorigen Sommer erfolgreich agitiert. Sie warben auch Abonnenten für die „Gleichheit“ und Mitglieder für den politischen Verein. Auch bei der Wahlarbeit haben die Genossinnen tapfer mitgearbeitet. Vom Januar 1907 ab wird statt des Genossen Müller ein anderer geeigneter Genosse die Leitung der Schule übernehmen. Als die Bewegung in Chemnitz einsetzte, zählte die „Gleichheit“ dort nur wenige Abonnenten; heute hat sie nahezu 400. Mit Fleiß und Erfolg haben sich die Genossinnen das Sammeln freiwilliger Beiträge angelegen sein lassen. Mit dem Wunsche, daß sie im neuen Jahre mit frischem Mute ans Werk gehen und neue Kämpferinnen werben mögen, scheidet ich aus meinem bisherigen Wirkungskreis.

Ida Köhler.

Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Richtenstein-Callenberg. Langsam, doch stetig geht es bei uns vorwärts, wenn auch manche Hindernisse die Arbeit der Genossinnen erschweren. So konnte im vergangenen Jahre keine Versammlung abgehalten werden, weil kein Lokal zur Verfügung stand. Es fanden jedoch Lesabende statt, die den Genossinnen Belehrung boten und gut besucht waren. Die Frauen ließen sich die Verbreitung von Merkblättern angelegen sein und verteilten Mitte Januar 1200 Wahlflugblätter. Die Abonnentenzahl der „Gleichheit“ stieg von 25 auf 35. Eingenommen wurden 181,30 Mk., ausgegeben 94,82 Mk., es verbleibt somit ein Kassenbestand von 86,48 Mk. Das ist im Hinblick auf die örtlichen Verhältnisse ein ganz befriedigendes Resultat. Dem Agitationsfonds der Genossinnen wurden 25 Mk. überwiesen. Wir dürfen hoffen, im nächsten Jahre gute Fortschritte zu machen, um so mehr, als wir jetzt ein Lokal gefunden haben.

Anna Heib.

Politische Rundschau.

Wahlkampf und Wahlausgang haben in diesen Wochen alle anderen politischen Geschehnisse in den Hintergrund treten lassen. Und auch jetzt, da diese Zeilen geschrieben werden, vor den Stichwahlen, absorbieren die Wahlen naturgemäß alles Interesse.

Mit verbeultem, zerhacktem Schilde, aber mit unbefleckter Fahne kommt die Sozialdemokratie von der Wahlstatt. Mit Wunden bedeckt, aber in festgeschlossenen Reihen, unerschüttert, ungedrückt trotz aller Mandatsverluste. Eine schlechte Armee, die keine Verluste zu ertragen vermöchte, die beim Stoen des gewohnten Siegeslaufs sofort zerstreut wäre. Die deutsche Sozialdemokratie ist solch ein schlechter Heerhaufe nicht. Das hat sie in der Vergangenheit bewiesen, das wird sie auch diesmal beweisen. Die Wahlen von 1878 — unterm Druck der Attentatsgesetze —, die von 1881 — unter dem noch schlimmeren Druck des fluchwürdigen Sozialistengesetzes —, die von 1887 — die berühmten Faschingswahlen — haben uns kaum minder schwere Mandatsverluste, die beiden erstgenannten sogar Stimmenrückgänge gebracht; aber alle diese zeitweiligen Rückschläge haben die Partei nicht entmutigt, sondern nur zu um so energischerer Arbeit angespornt, und die folgenden Wahlen haben die Scharten gründlich ausgeweht. So wird's, so soll's, so muß es auch diesmal sein. Und wir haben um so weniger Anlaß zum Kleinmut und zur Verdrossenheit, als wir auch diesmal wie 1887 den Mandatsverlusten Wachstum unserer Stimmzahlen, unserer Anhänger entgegenstellen können. In einzelnen Gebieten, wie Groß-Berlin, das sich trefflich gehalten hat, und im Ruhrrevier ist dieser Stimmzuwachs ein besonders erfreulich großer, auch die Provinz Sachsen, Großherzogtum Hessen, Hessen-Nassau, Bayern, die Hansastädte, Westfalen, Rheinland, die Reichslande haben, soweit bis jetzt ein flüchtiger Überblick möglich ist, Wachstum unserer Stimmzahl zu verzeichnen. Nur das Königreich Sachsen und einzelne thüringische Kleinstaaten machen eine bedauerliche Ausnahme, die aber in besonderen Ursachen ihre Erklärung findet. Es hatten 1903 aus Gründen, die schon im Leitartikel näher gekennzeichnet worden sind, im Königreich Sachsen Kleinbürgerscharen für uns gestimmt, die jetzt, da diese Dinge vergessen und überwunden sind und da die „nationale“ Schwindelphrasen sie betörte, wieder verloren gegangen sind. Die Wahlrechtsdemonstration des sächsischen Proletariats, die schärfere Hervorhebung des revolutionären Charakters der Partei in den Massenstreikdebatten und unsere Solidaritätserklärungen mit der russischen Revolution haben weiter dazu beigetragen, diese Willkürer rotsehen zu machen. Das sächsische Proletariat ist im großen und ganzen fest geblieben, und trotz der schmerzlichen Verluste ist deshalb gar kein Anlaß, pessimistisch zu denken über die Zukunft unserer Partei in dem vorläufig freilich nicht mehr völlig roten Königreich.

Die zuletzt angeführten Ursachen haben natürlich auch im übrigen Reiche dahin gewirkt, Willkürer abzuspargen. Aber sie sind in den meisten Fällen mehr als ersetzt worden durch neuen Zugang aus dem Proletariat. Das beweist der Umstand, daß selbst dort, wo uns alte Parteistämme diesmal im ersten Wahlgang entrisen wurden, wie Breslau, Königsberg, Halle, Magdeburg, unsere Stimmen nicht unbeträchtlich gewachsen sind. Der Sieg der Gegner erklärt sich aus ihrem noch größeren Wachstum. Eine Steigerung der Wahlbeteiligung, die auch den letzten Epiehbürger, der sonst keine politischen Interessen hat, an die Wahlurne brachte, ist die Ursache ihrer Siege. Die „nationale“ Wahlparole hat gezogen, die Bälou und Dernburg haben den politischen Reifegrad des deutschen Volkes leider richtiger, tiefer eingeschätzt, als wir es taten. Die „nationale“ Parole hat Erfolg gehabt in den Scharen der bislang politisch Gleichgültigen; mit dem Aufgebot der bisherigen Nichtwähler haben die „nationalen“ Parteien die Scharen der Sozialdemokratie überflügelt. Aber die nationale Parole war's nicht allein. Mehr und mehr haben die Gegner die Kleinarbeit von der Sozialdemokratie gelernt, und je stärker wir werden, um so verzweifelter, um so skrupelloser wird ihre Gegenwehr. Die Niederversetzung der Sozialdemokratie ist der einzig leitende Gedanke, der sie im Wahlkampf noch beseelt, und ohne Bedenken opfern sie ihm ihre Parteien, den Rest ihrer Grundsätze. Nicht eine oder mehrere bürgerliche Parteien haben der Sozialdemokratie Mandate abgenommen, sondern der grundsatzlose Nischmasch, die eine reaktionäre Masse. Weit entfernt, eine neue Ära des Liberalismus oder auch nur den Anfang einer Wendung für den Liberalismus zu bedeuten, ist der Wahlausfall vielmehr der Anfang seines Endes. Er gerrinnt im reaktionären Brei, er dankt ab zugunsten der Reaktion. Der Freisinn hat in diesen Wahlen nichts als den Steigbügelhalter der Kraut- und Schlotjunker gemacht und wird voraussichtlich nicht einmal eine irgendwie erhebliche Vermehrung seiner Mandate als Belohnung für diese Selbstentwürdigung erhalten.

Ein Wahlkampf ist geführt worden, wie wir ihn seit den berühmten Faschingswahlen von 1887 nicht mehr erlebt haben. Der ganze amtliche Apparat arbeitete mit Hochdruck für die „Nationalen“; die Großindustriellen, Großhandelsherren und Großbankiers gaben Geld in früher nicht erhörter Fülle. Zahlreich sind die schon jetzt bekannt gewordenen Fälle amtlicher Wahlbeeinflussung, von brutalen Mißhandlungen friedlicher sozialdemokratischer Versammlungsbesucher und Flugblattverbreiter. Der „nationale“ Fanatismus zeitigte übelduftende Blüten. Aber auch der Fanatismus der Zentrumsleute hat dergleichen in zahlreichen Fällen zuwege gebracht. Die „geistigen“ Waffen der Gegner werden nicht besser, sondern stetig schlechter und schmutziger, das mußte man auch bei der Durchsicht der „nationalen“ und Zentrumsflugblätter konstatieren, insbesondere aber bei der Lektüre der Dernburgschen Inventurreden und der Bälou'schen Beiträge zur Wahlagitiation.

Troydem haben die Gegner Erfolg gehabt, hat Bälou — wenn er auch den Zentrumssturm nicht erschüttern konnte — aller Voraussicht nach die gewünschte „nationale“

Mehrheit. Er wird sie ausnutzen, und manchem „nationalen“ Wähler werden noch die Augen übergehen ob der Folgen seiner „patriotischen“ Begeisterung. Kolonialarmee — wenn vielleicht vorerst auch noch unter verhängeltem Decknamen —, Kolonialbahnen, Flottenvorlage, Heeresvermehrung werden einander in lieblichem Wechsel folgen, und die Rehrseite der Medaille wird heißen: neue indirekte Steuern, neue Koloniale und weltpolitische Abenteuer. Die Ära des Imperialismus, die Ära der kaufmännisch betriebenen Kolonialpolitik, das heißt der „Erschließung“ der wertlosen Gebiete auf Kosten der deutschen Steuerzahler zugunsten einer kleinen Minderheit Koloniallieferanten beginnt jetzt eigentlich erst recht. Und ihre Früchte werden dem deutschen Volke, abgesehen von der dünnen Schicht der Großbourgeoisie, die ihre Profite vermehrt, bitter genug schmecken. Seine Mehrheit hat's gewollt und muß ausessen, was sie sich eingebracht hat. Leider die gescheiterte Minderheit mit ihr.

Wenn diese Zeilen in die Hände der Leser gelangen, werden die Stichwahlen entschieden sein. Wie sie ausfallen werden, läßt sich heute nur in beschränktem Maße beurteilen. So viel steht fest, daß uns die Konstellation in Nord- und Mitteldeutschland nicht günstig ist. Aussichten haben wir fast nur in Rheinland-Westfalen und Süddeutschland. Das wird die Genossen natürlich nicht abhalten, überall bis aufs äußerste ihre Pflicht zu tun. Aber wie der Ausfall der Stichwahlen auch sein mag, und wie stark oder wie schwach die sozialdemokratische Fraktion auch in den neuen Reichstag einziehen mag — die deutsche Sozialdemokratie wird unerschüttert bleiben. Sie weiß, daß ihr die Zukunft gehört, trotz alledem. Und die einzige Antwort, die sie geben wird, wenn die Stichwahlen ähnliche Mandatsverluste bringen sollten wie die Hauptwahlen, wird sein ein entschlossenes:

An die Arbeit! Vorwärts — oh alledem!

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

In der Berliner Holzindustrie ist es nun doch zu einer großen Aussperrung gekommen. Anscheinend haben die Unternehmer sich schon zum Kampfe gerüstet, während sie vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichtes über den Abschluß eines neuen Tarifvertrags berieten. Die Aussperrung, die sich auf Berlin und einige Vororte erstreckt, umfaßt rund 7000 Arbeiter; Arbeiterinnen kommen so gut wie gar nicht in Betracht. Den Scharfmachern in der Holzindustrie haben sich nun auch die Berliner Drechslernmeister angeschlossen. Die Unternehmer lehnen die „willkürlichen und unerfüllbaren Forderungen“ der Arbeiter unter Hinweis auf die Konkurrenz ab, die der Berliner Möbelindustrie in der Provinz entstehen könnte. Neben einer Verkürzung der Arbeitszeit von 52 auf 50 Stunden bestehen die „unerfüllbaren“ Forderungen in dem Verlangen, daß auf geleistete Arbeit eine wöchentliche Abschlagszahlung von 27 Mk. gewährt werde. Diese Forderungen sind in Anbetracht der gesteigerten Lebensmittelpreise wahrlich nicht übertrieben hoch. Die Berufung auf die gefährdete Konkurrenz der Provinz ist nur ein Vorwand, der jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt. Die Berliner Möbelindustrie erfreut sich zurzeit eines großen Aufschwunges. — Anscheinend wird es hier zu einem langwierigen Kampfe kommen; doch dürfen wir hoffen, daß die vortreffliche Organisation der Holzarbeiter ihm gewachsen sein wird. — Auch in diesem Kampfe bietet sich das widerliche Schauspiel, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftler in bekannter Manier danach streben, mit dem Unternehmertum einen Sondervertrag abzuschließen.

Eine allgemeine Textilarbeiteraussperrung steht in Krefeld bevor, nachdem bereits am 19. Januar ungefähr 3000 Färbearbeiter aufs Pflaster geworfen worden sind. Die Ursache zu diesem Vorgehen der Unternehmerschaft ist ganz richtig. Die Färbearbeiter waren im vergangenen Herbst in eine Lohnbewegung eingetreten und hatten durch ihr geschlossenes Vorgehen ohne Arbeitseinstellung mehrere Vorteile erreicht. So wurde neben der Einführung des Jehntwundtags eine Lohnerhöhung erzielt, und es wurde vor allem eine anständige Behandlung der Arbeiter zur Bedingung gemacht, denn in dieser Hinsicht hatten sich empfindliche Mißstände herausgestellt. Für diesen Erfolg der Arbeiter suchten sich die Unternehmer durch kleinliche Schikanen zu rächen. So verbot der Chef einer Firma „seinen“ Arbeitern, während der Arbeitszeit Kaffee zu trinken, was ihnen bisher stets gestattet worden war. Bei der unerträglichen Hitze und dem Qualm, der oft in Färbereibetrieben herrscht, macht sich natürlich das Bedürfnis geltend, ab und zu etwas zu trinken. Auf die Vorstellungen der Arbeiter erließ der Unternehmer einen Maß, daß er keine Kaffeegefäße mehr in dem Betrieb dulde; die Arbeiter könnten Wasser trinken. Daraufhin kam es zum Streik. — In einer anderen Färberei hatten die Inhaber plötzlich 13 Arbeiter entlassen, angeblich aus Arbeitsmangel. Es handelte sich um lauter verheiratete und meist schon jahrelang beschäftigte Leute. Daraufhin wurde der Arbeiterausschuß vorstellig und machte den Vorschlag, statt die Kollagen plötzlich brotlos zu machen, lieber den Betrieb durch Einlegung von Feierschichten einzuschränken, so daß der Arbeitsmangel von allen Arbeitern gleichmäßig getragen würde. Die Herren antworteten darauf, sie bestimmten selbst, wer zu entlassen sei und ließen sich von dem Arbeiterausschuß keine Vorschriften machen. So kam es auch hier zum Streit. Darauf trat der Arbeitgeberverband in Tätigkeit und sperrte am 19. Januar sämtliche Färbereiarbeiter in Krefeld aus, und am 22. Januar beschloß der Arbeitgeberverband der

rheinischen Seidenindustrie eine allgemeine Aussperrung aller Textilarbeiter Krefelds, ein Beschluß, der sich nur als Ausfluß nacktester Herrenbrutalität kennzeichnen läßt.

Ein Tarifvertrag in der Portefeuille-Industrie ist von allgemeinem Interesse, da dabei meist Heimarbeiter in Betracht kommen. In der Gegend von Offenbach und Hanau wird eine — großenteils hausindustrielle — Fabrikation von Beutelporcelan betrieben. Etwa 50 Zwischenmeister beschäftigen 275 Arbeiter und 150 Arbeiterinnen. Dieses Zwischenmeister-System hat natürlich eine große Ausbeutung der Heimarbeiter und -arbeiterinnen zur Folge. So verdienen Arbeiterinnen bei 16 stündiger Arbeitszeit an der billigen Ware, den Zehnspfenniggeldbeuteln, 6 bis 9 Mk. wöchentlich, und selbst das nur, indem sie die Arbeit ihrer Kinder mit zu Hilfe nehmen. Die Lohnverhältnisse wurden noch verschlechtert durch die Schnuskonkurrenz von Gelegenheitsarbeitern, meist Bauhandwerkern, die im Winter, wo die Bauarbeit ruht, sich an der Geldbeutel-fabrikation beteiligten und mit dem geringsten Verdienst zufrieden waren.

Der Portefeuilleverband hat hier in kurzer Zeit gute Erfolge erzielt, er organisierte von 200 in Betracht kommenden Arbeitern 280 und von 150 Arbeiterinnen 188. Werkstat- und Heimarbeiter stellten gemeinsam Forderungen und erreichten, daß die Arbeitszeit für Werkstatarbeiter auf 57 Stunden pro Woche herabgesetzt und ferner ein Affordtarif vereinbart wurde, der die Grundlage für eine einheitliche Entlohnung von Heimarbeitern und Werkstatarbeitern abgibt. Den Heimarbeitern müssen alle Zutaten, die sie bisher zum Teil aus eigener Tasche bezahlen mußten, gewährt werden. Dieser Erfolg der Arbeiter und Arbeiterinnen hat nun auch die Zwischenmeister aufgerüttelt, sie wollten sich ebenfalls organisieren, wußten zuerst aber nicht wo. Eine eigene Organisation wäre ohnmächtig und daher zwecklos gewesen; bei den Unternehmern sich zu organisieren, ging nicht an, weil die Interessen der Zwischenmeister nicht mit denen der Unternehmer zusammenfallen. So traten sie der Arbeiterorganisation bei, wodurch die Position beider Kategorien gegenüber der Unternehmerschaft gestärkt worden ist. In gleicher oder ähnlicher Weise könnte sicher auch in anderen Berufen den entsehrlichsten Auswüchsen der Heimindustrie Einhalt geboten werden, denn trotz der durch die Berliner Heimindustrienausstellung aufgedeckten Mißstände in der Hausindustrie ist auf gesetzliche Reformen vorläufig nicht zu hoffen.

In einer Reihe von Berufen, die vornehmlich Arbeiterinnen beschäftigen, beginnen die Unternehmer sich zu festen Organisationen zusammenzuschließen. So sind in Berlin nach den Streiks, an denen hauptsächlich Arbeiterinnen beteiligt waren, Unternehmerverbände der Textilindustriellen, der Wulstfabrikanten, der Schürzen- und Juponschneidmeister, ein Zwischenmeister- und ein Fabrikantenverband in der Damenwäschindustrie, einer der Schirmfabrikanten, der Zigarettenfabrikanten usw. entstanden. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiterinnen doppelte Ursache haben, sich ihren Organisationen anzuschließen und ihnen Treue zu bewahren. #

Eine erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen ist von bürgerlichen Reformern und Frauenrechtlerinnen einberufen worden. In einem betreffenden Zirkular heißt es: „Eine Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen wird am 1. und 2. März in Berlin abgehalten werden. Das Kultusministerium hat die Räume in der Bauakademie am Schinkelplatz in Berlin dazu bewilligt. An den Vorarbeiten, die seit mehreren Wochen im Gange sind, beteiligen sich Vertreter der Zentralstelle für Arbeiterinnenorganisation des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine, des Zentralrates der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der katholischen erwerbsfähigen Frauen und Mädchen. Vertreten sind ferner in dem vorbereitenden Ausschuss die Arbeiterinnenschutzkommission des Bundes Deutscher Frauenvereine, das Bureau für Sozialpolitik, die Gesellschaft für soziale Reform, sowie Einzelpersonen, die sich durch sozialpolitische Arbeiten um die Arbeiterinnenfrage verdient gemacht haben, wie Gertrud Dyrenfurth, Dr. Alice Salomon, Helene Simon, Dr. Robert Wilbrandt. Das Programm wird einige für alle Arbeiterinnen besonders wichtige Fragen enthalten, wie die Lohnfrage, die berufliche Ausbildung, das Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Krankenkassen, Gewerbegerichten, Arbeitskammern, und das volkswirtschaftlich besonders brennende Problem: Fabrikarbeit und Mutterchaft. Zur Übernahme der Referate haben sich hervorragende nationalökonomische Kräfte bereit erklärt.“

Das Ziel dieser Veranstaltung liegt auf der Hand, mag es den einzelnen Beteiligten klar zum Bewußtsein gekommen sein oder nicht. Es soll ein bürgerliches Gegengewicht gegen die Werbearbeit der freien Gewerkschaften unter den Arbeiterinnen geschaffen werden. Es fällt auf den ersten Blick auf, daß an den Vorarbeiten zur Konferenz außer elliichen wenigen bürgerlichen Reformern, die sich in ihrer Weise ehrlich und ernsthaft mit dem Arbeiterinnenproblem befaßt haben, alle möglichen und unmöglichen Organisationen beteiligt gewesen sind — auch solche, deren Beschäftigung mit der Arbeiterinnenfrage nicht über den vulgärsten, unfruchtbaren Dilettantismus hinausgekommen ist —, nur die Organisationen nicht, welche sich seit langen Jahren redlich und unter großen Opfern die Förderung der Arbeiterinneninteressen angelegen sein lassen: die zentralisierten freien Gewerkschaften. Die Interessen der Arbeiterinnen, soweit sie nicht auf politischem Gebiete liegen, haben seither ihre konsequenteste und kraftvollste Vertretung in den freien Gewerkschaften gefunden. Diese sind insofern neutral, daß sie ohne Rücksicht auf das politische und religiöse Bekenntnis jedem offen stehen, der an der materiellen und kulturellen Hebung der Arbeiter und Arbeiterinnen mitwirken will. Wer der Ansicht ist, daß

innerhalb der Gewerkschaften und von ihrer Seite aus mehr als bis jetzt für die Arbeiterinneninteressen getan werden müßte, der hat somit alle Möglichkeit, in diesen Organisationen seiner Überzeugung entsprechend arbeiten zu können. Aber freilich: die Arbeit der Gewerkschaften erfolgt auf dem Boden der grundsätzlichen Auffassung vom Klassenkampf. Das alles hat Genosse Legien, der Vorsitzende der Generalkommission, auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress mit aller Deutlichkeit gerade bei der Behandlung der Arbeiterinnenorganisation ausgesprochen. Aber das ist es gerade, was den bürgerlichen Reformern und Frauenrechtlerinnen nicht in den Kram paßt. Nicht um die Mitarbeit im Dienste der Arbeiterinneninteressen ist es ihnen allein und im letzten Grunde zu tun, sondern um die Führung von Arbeiterinnenmassen. Das aber zu dem Zwecke, diese mittels etwelcher bürgerlicher Reformen von dem Granitfelsen des Klassenkampfes auf den Flugand des „sozialen Friedens“ hinüberzugewäheln. Wir bestreiten damit gar nicht, daß es manchen der Damen und Herren ehrlich darum zu tun ist, die Lage der Arbeiterinnen zu verbessern, das aber doch nur insoweit, als es sich mit dem kapitalistischen Profit und vor allem mit dem Bestand der kapitalistischen Ordnung verträgt. Und deshalb bleiben sogar die ehrlichen Bemühungen in dieser Richtung zur Schwächlichkeit und Halbheit verurteilt. Der schillernde Falter der bürgerlichen Sozialreform kommt von der Nadel der bürgerlichen Klasseninteressen nicht los. Den Gewerkschaften gegenüber halten es ihre Träger und Trägerinnen zuletzt mit dem Spruch des berühmten Berliner Polizeipräsidenten: „Die ganze Richtung paßt uns nicht!“ Es ist bezeichnend, daß das königlich preussische Ministerium für Volksschulverfassung Räumlichkeiten für die Konferenz zur Verfügung gestellt hat. Den Berliner Arbeiterinnen wurden feinerzeit die Schulaulen für Versammlungen verweigert, die ihren ersten Organisationsbestrebungen dienen sollten. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Dienstbotenbewegung in Nürnberg. Anfang Dezember vorigen Jahres fand in Nürnberg eine gut besuchte Versammlung der Dienstmädchen, Wasch- und Putzfrauen statt, in der Genosse Dr. Weill über das Thema: „Wer leidet mehr, die Lohnarbeiterin oder das Dienstmädchen?“ und Genossin Grünberg über „Das Weihnachtsgeschenk“ sprach. In der Diskussion schilderte ein Dienstmädchen die großen Anforderungen, die an die Dienstboten gestellt werden und wie sie selten Dank für ihre Anstrengungen ernten. Vor Weihnachten werde häufig Jank und Streit hervorgerufen, um dann das Weihnachtsgeschenk, welches eigentlich einen Teil des im ganzen Jahre vorenthaltenen Lohnes bilde, zu schindeln. Und nach Weihnachten werde häufig genug mit Zurücknahme des Weihnachtsgeschenk gedroht. — Am Schlusse der Versammlung wurden 25 Neuaufnahmen gemacht.

Als Vorsitzende des Dienstbotenvereins Nürnberg hatte die Genossin Grünberg im November dem Reichstag eine Petition zugestellt, die die Forderungen der Mannheimer Frauenkonferenz betrefte die Dienstbotenfrage zum Gegenstand hatte. Infolge der Auflösung des Reichstags ist diese Petition nicht zur Verhandlung gekommen, sondern der Genossin Grünberg wieder zurückgeschickt worden.

In einer öffentlichen Versammlung der Dienstmädchen, Wasch- und Scheuerfrauen zu Hamburg und Umgebung, die am 6. Januar stattfand, referierte Genosse Henze über die rechtliche Stellung der Dienenden. Er erläuterte die einzelnen Paragraphen der Gesetze über die drückendsten Bestimmungen in diesen Ausnahmegeetzen aufmerksam. Zum Schlusse forderte er die Anwesenden dringend auf, leibsig für den Verband zu agitieren und ihm neue Mitglieder zuzuführen, damit die Grundlage dafür geschaffen wird, daß an die Stelle der Gesindeordnungen freie Arbeitsverträge treten können. Es folgte eine lebhaft Diskussion, nach welcher 50 neue Mitglieder aufgenommen wurden. — Am 9. Januar fand die dritte Mitgliederversammlung der Organisation statt. Die Vorsitzende gab bekannt, daß Mitte Februar im Gewerkschaftshaus ein Stellennachweis eingerichtet werden wird, der hoffentlich dazu beiträgt, das Los der Dienenden wesentlich zu erleichtern. Genossin Fahrenwald referierte einige Gedichte von Freiligrath, unter anderen „O lieb, solange du lieben kannst“ und „Die Toten an die Lebenden“. Zum Schlusse wurden sieben neue Mitglieder aufgenommen. Berta Mangels.

Zur Frage des Dienstvertrags.

Meine letzte Erwiderung. Die Redaktion der „Gleichheit“ schließt in der Erwiderung in Nr. 24 d. vor. Jahrg. mit den Worten: „Wir sind Genossin Grünberg dankbar dafür, mit ihrer Polemik angeregt zu haben, daß nachgeholt wird, was versäumt worden ist, bedauern aber, daß ihre Anregung nicht früher und in anderer Form erfolgt ist. Eine rechtzeitig erfolgte Anfrage hätte die nötige Klärung gebracht und eine polemische Auseinandersetzung vermieden.“

Hierdurch wird also zugegeben, daß etwas versäumt worden ist, und nun entsteht die Frage: Was ist versäumt worden? Versäumt ist worden, daß der Vertrag nicht erst den einzelnen Organisationen zur Begutachtung vorgelegen hat, sondern öffentlich durch die „Gleichheit“ in Nr. 21 den einzelnen Organisationen zur Annahme empfohlen wurde. Dadurch war der einzelne Verein gezwungen, entweder für oder gegen Annahme des Vertrags sich zu entscheiden.

Es konnte also nicht erst gefragt werden, ob der Vertrag ein Entwurf sein soll oder ob er nur zur Propaganda benutzt werden sollte, sondern wir standen vor der vollendeten Tatsache; der Dienstvertrag wurde den einzelnen Organisationen zur Annahme empfohlen — es sollten danach Dienende nur auf Grund dieses Vertrags ein Dienstverhältnis eingehen.

Der Nürnberger Verein beschloß einstimmig, den Vertrag abzulehnen, da die Mädchen erklärten, daß sie noch nicht imstande seien, durch Einzelverträge die heute geltende Gesindeordnung außer Kraft zu setzen. Der Vertrag an sich mit einigen Ausnahmen gefiel schon, und sie wünschten sogar, denselben vielleicht mit noch weitgehenderen Zugeständnissen erleben zu können.

Die Nürnberger hatten somit zu der Sache Stellung genommen, und wenn die Stellungnahme nicht so ausgefallen ist, wie die Einbringer es wünschten, so liegt das eben in der Natur der Sache. Es war das ein gutes Recht und auch Pflicht des Nürnberger Vereins, sich nicht selbst zu überheben, sondern ruhig und klar die Wahrheit zu sagen, wie die Dinge stehen. Denn heute liegen die Dinge nicht mehr so, daß der Gegner nicht wüßte, wie es um eine Organisation bestellt ist, sondern der Kampfplatz ist ein Schachbrett geworden, beide Teile können ihr Schlachtfeld überschauen, und nun heißt es, wie unser Genosse Weill sehr richtig ausführte: „Ihr müßt geschickt sein.“ Wenn man also jetzt von verschiedenen Seiten über den Nürnberger Verein respektive über dessen Vorsitzende herfällt und kritisiert mit teilweise so spizen Federn, die unter der Kritik stehen, so wollen wir doch einmal Umschau halten, wie das Kampffeld aussieht.

Wir können mit Berlin anfangen, weil von dort aus die Aktion ins Werk gesetzt werden sollte.

In Berlin waren im Jahre 1895 61063 Dienstmädchen vorhanden. Heute dürfte, da inzwischen Berlin zur Zweimillionenstadt emporgestiegen ist, die Zahl der Dienstmädchen noch gestiegen sein. Rechnen wir trotz alledem nur mit den 61063 Dienstmädchen und führen uns die Zahl der Organisierten vor Augen, so werden wir finden, daß die Zahl derartig gering ist, daß sie eigentlich für Berlin eine verschwindend kleine zu nennen ist. Denn wir haben dort nur ein paar Hundert organisiert, und die Leitung des Vereins liegt nicht einmal ganz in unseren Händen.

Als man nun in Berlin den Versuch machte, den eigenen Vorschlag betreffs Gesindevertrag zur Geltung zu bringen, da wurde nicht erst in einer Mitgliederversammlung der Dienstmädchen zu dem Dienstvertrag Stellung genommen, sondern in einer öffentlichen Dienstbotenversammlung wurde eine Resolution angenommen, für den Arbeitsvertrag einzutreten. Auf Grund dieser Resolution haben ja nun auch einige Mädchen versucht, dem neuen Arbeitsvertrag Geltung zu verschaffen, das heißt sie wollten denselben bewilligt erhalten.

Die Erfahrungen, die die Dienstmädchen dabei gemacht haben, sind nun gerade nicht sehr ermunternd, den Ausführungen des „Vorwärts“ nach zu urteilen, derselbe schreibt unter anderem:

„Es wird nicht leicht sein, den neuen Arbeitsvertrag zur Anerkennung zu bringen; die „Herrschaften“ weisen ihn zurück als „dreiste Zumutung“, als unberechtigten Eingriff in ihre Rechte — dann weiter: die größte Schwierigkeit bei der Propagierung des neuen Vertrags liegt aber in dem mangelnden Selbstgefühl der Dienstmädchen. Die Mädchen müssen erst verstehen lernen, daß sie durch diesen Vertrag gegen die Gesindeordnung geschützt werden sollen usw.“

Es sind also beinahe dieselben Worte, welche auch ich schrieb. Wir müssen die Mädchen erst erziehen, damit sie selbst hinter dieser Forderung stehen, selbst diese Forderung vertreten, und nicht nur vereinzelt, sondern in stark geschlossenen Reihen, die den Dienstherrschäften Respekt einflößen können. Dieses zu erreichen ist nur möglich durch unausgesetzte Aufklärung der Dienstmädchen und Zuführung zu den Dienstbotenorganisationen.

Also selbst in Berlin, wo man sich wahrlich alle Mühe gibt, den Dienstvertrag zur Anerkennung zu bringen, ist der Versuch gescheitert und der Beweis aufs neue dafür erbracht, daß sich nichts von oben hereintrichtern läßt. Ein Haus muß so gebaut werden wie das andere, erst das Fundament, dann das Dach.

Wir wollen aber auch einmal die Frage von der rein menschlichen Seite aus betrachten. Nimmt ein Dienstbotenverein den Vorschlag der Berliner Genossinnen an und empfiehlt seinen Mitgliedern, nur auf Grund des Vertrags ein Dienstverhältnis einzugehen, und ein Teil der Dienstmädchen ist nun voller Feuer und Begeisterung bemüht, nur ein Dienstverhältnis einzugehen, wo der Vertrag bewilligt wird! Was dann — wenn die Mädchen, um ihrem Grundgesetz treu zu bleiben, keine Stelle annehmen ohne Vertragsbewilligung und damit derzeit stellenlos werden, was gleichbedeutend ist mit wohnungslos — was dann? Dann hätte der Verein dafür zu sorgen, daß die Mädchen ein Unterkommen haben, daß sie leben können. Der Verein könnte doch unmöglich sagen: Wir haben die Mädchen nicht verpflichtet, für den Vertrag einzutreten, sondern wir haben denselben nur empfohlen — aus dem Grunde haben wir keine Verpflichtung, für die allzu Feurigen einzutreten, dieselben mit Geldmitteln zu unterstützen, dafür zu sorgen, daß sie ein Unterkommen haben, daß sie leben können.

Das könnte nicht gesagt werden, sondern die Konsequenz müßte nun auch getragen werden — mithin müßten also ausreichende Mittel vorhanden sein, um Unterstützungen auszugeben. Der Verein kann unmöglich sagen, ja wenn ihr für den Vertrag eintretet, müßt ihr eurem Ideale auf Opfer bringen, müßt eventuell hungern und zusehen, wo ihr ein Obdach findet.

Die junge Dienstbotenbewegung hat es ja kraft zutage gefördert, wie unsäglich traurig die Mädchen gestellt sind, hat gezeigt, wie wenig sie über Vornittel verfügen. Aus dem Grunde wurde ja der Monatsbeitrag der Vereine so niedrig angesetzt, um es trotzdem allen Mädchen möglich zu machen, Mitglieder zu werden. In Frankfurt a. M. wurde der Vorschlag gemacht, Mädchenheime zu schaffen. Der Vorschlag, wenn auch momentan undurchführbar wegen Mangel an Geld, hat aber seine Berechtigung, denn mit dem Moment, wo die Mädchen stellenlos werden, sind sie obdachlos. Wir müssen darum Munition herbeischaffen und dann in den Kampf ziehen. Deshalb sammeln wir erst unsere Truppen, organisieren wir erst die Dienstmädchen in allen Großstädten Deutschlands, sorgen auch wir für gefüllte Kassen, dann kann der Kampf beginnen, dann kann der stadtthagensche Arbeitsvertrag als Grundlage benutzt werden, um Arbeitsverträge der einzelnen Orte auszuarbeiten. Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands kann man ohne weiteres beipflichten, wenn sie sagt: „Er (der Vertrag) dürfte gewiß geeignet sein, eine wichtige Handhabe für die Dienstbotenorganisationen in ihrem schweren Kampfe zu bilden, sobald diese selbst genügend gefestigt sein werden, um den Kampf intensiver zu führen.“

Es haben bis heute die einzelnen Vereine auch noch nichts bekannt gegeben, wie sie sich dem Vertrag gegenüber verhalten wollen, weder München, Köln, Hamburg oder Frankfurt a. M.

Man ist überall bestrebt, erst überhaupt eine Flotte Dienstbotenorganisation zu schaffen — und das ist ja die Hauptsache, dann wird es schon vorwärts gehen.

Das Meer der Dienstmädchen ist ein gewaltiges, wieviel da noch zu holen sind, sehen wir auch aus Nürnberg-Gürth, wo von 7000 erst 549 der Organisation zugeführt werden konnten, dann München, wo von 10000 Mädchen zirka 400 organisiert sind, dann Hamburg mit 500 und Frankfurt a. M. mit 500 Organisierten von 22000 beschäftigten Dienstmädchen.

Überall hat man nun trotz alledem Mutig an der Verbesserung der Dienstbotenverhältnisse zu arbeiten, und genau wie in Nürnberg der kostenlosen Stellenvermittlung seine Hauptaufmerksamkeit gewidmet. In Frankfurt a. M. hat man sogar auf Kosten des Kartells ein Bureau im Gewerkschaftshaus eingerichtet und die Genossin Mirus eingeseht.

Und die Stellenvermittlung gut auszubauen, ist eine der Hauptaufgaben der Dienstbotenvereine, weil wir dadurch in der Lage sind, die Lohnverhältnisse zu verbessern. Der Nürnberger Stellennachweis floriert außerordentlich gut; die Löhne konnten schon wesentlich hinaufgetrieben werden.

Unsere Genossin, die die Stellenvermittlung jetzt in Händen hat, erklärt bisweilen den Herrschaften gegenüber: Für so einen geringen Lohn kann ich kein Mädchen für diesen Dienst besorgen, da müßten schon noch ein paar Mark zugelegt werden, was dann mit dem „Stoßfeuer“: Nu! wenn es sein muß, dann will ich es gern geben, da die Stellenvermittlung kostenlos ist und wenn ich nur auch mit dem Mädchen zufrieden sein kann“, von seiten der „Gnädigen“ beantwortet wird. Ausgeschlossen wäre es, bei den heutigen Verhältnissen auf diese Weise auch den Vertrag durchzuführen.

Sind wir stärker und mächtiger geworden, dann muß dies natürlich gemacht werden. Heute würden wir nur erreichen, daß unser Nachweis nicht mehr benutzt wird, und glaubt man denn wirklich, daß die Dienstmädchen heute in der Lage wären, durch Einzelverhandlungen den Vertrag durchzuführen? Das ist ja unmöglich. Bei aller Dienstbotennot ist das Angebot williger Arbeitskraft noch immer so groß, daß solch einschneidende Reformen zunächst noch nicht durchzuführen sind.

Unsere Hauptaufgabe muß sein, die Löhne in die Höhe zu bringen, und durch eine gut geleitete Stellenvermittlung haben wir eine große Handhabe dazu. Drum war ja auch die Forderung Abschaffung der privaten Stellenvermittlung eine der wichtigsten Forderungen mit, und haben wir ja alle Veranlassung, uns immer und immer wieder die Forderungen, die in Mannheim nach dem Referat der Dienstbotenbewegung angenommen worden sind, vor Augen zu führen.

Die Mannheimer Resolution, die ja den Genossinnen bekannt ist, stellt in ihren sechs Forderungen das Programm der Dienstbotenorganisation dar.

Um zu dem dort gesteckten Ziele zu gelangen, ist es notwendig, in ganz Deutschland Dienstbotenorganisationen zu gründen. Diese Dienstbotenvereine müssen systematisch die grauenhaften Zustände der Dienstbotenverhältnisse aufdecken und andererseits die Dienstmädchen selbst heranziehen, heranzubilden versuchen, um an der Verbesserung und eventuell an der ganzen Umgestaltung der heutigen Rechtsverhältnisse der Dienenden mitzuarbeiten.

Wenn also nach all dem Angeführten noch Erwidernungen letzter Art kommen sollten, so ist man wohl derselben Ansicht als ich, daß, anstatt die Polemik noch zu verlängern, lieber die Agitation im Lande entfaltet werden soll.

Die Redaktion der „Gleichheit“ hätte vielleicht auch anders geurteilt, wenn sie Gelegenheit gehabt hätte, eine junge Dienstbotenbewegung am Orte selbst zu beobachten. Es kommen für Stuttgart, wo der Sitz der Redaktion ist, an 15000 Dienstmädchen in Betracht; dort haben wir leider noch keine Dienstbotenbewegung zu verzeichnen, und würde es wohl von allen Seiten mit Freuden begrüßt werden, wenn auch dort sowie in vielen anderen Großstädten Dienstbotenorganisationen zu verzeichnen wären. Wohl ist an 30 Orten auf Ersuchen Material und Statuten versandt, aber Großstädte wie Stuttgart, Leipzig, Dresden fehlen noch.

Hoffen wir, daß es auf der ganzen Linie vorwärts geht, dann wird die junge Dienstbotenbewegung Einfluß gewinnen, und wir werden in der Lage sein, Lohnaufbesserungen,

Arbeitszeitverkürzungen zu erringen, um mit den Mißständen in den Dienstverhältnissen aufzuräumen zu können.

Die Dienstbotenbewegung in Deutschland, wie sie durch Nürnberg eingeseht hat, wird jetzt auch in Österreich durch Wien beginnen, und auch in der Schweiz ist die Dienstbotenbewegung im Entstehen begriffen.

Arbeiten wir nun in Deutschland mit Hochdruck an der Aufklärung der Dienstboten, führen wir von den 1339 816 Dienstmädchen einen erheblich großen Teil der Dienstbotenorganisation zu, dann wird es vorwärts gehen zum Wohle der Dienstmädchen und zum Ärger und Verdruß der Herrschaften und der ganzen kapitalistischen Gesellschaft. Und darum schreibe ich mit den Worten: Laßt uns agitieren, laßt uns organisieren und dann Verträge schließen!

Nürnberg, im Dezember 1906.

Helene Grünberg.

Der letzten Erwiderung zur Antwort. Genossin Grünberg hat es beliebt, ihre Ausführungen zur Frage des Dienstvertrags mit einigen irrigen beziehungsweise schiefen Ausführungen zu verquicken, die es zurückzuweisen gilt. Der Redaktion der „Gleichheit“ ist es nicht im Traum eingefallen, die Agitation für einen Dienstvertrag den Organisationen auf eigene Faust hin „öffentlich“ zu empfehlen, wie es nach der vorstehenden Erwiderung scheint. Die Initiative dazu ist von den Berliner Genossinnen ausgegangen, insbesondere auch von denen, die in dem Verein für Hausangestellte hervorragend tätig sind, und die Redaktion der „Gleichheit“ hat im Einverständnis mit diesen und der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands gehandelt. Diesem Sachverhalt entsprechend ist denn auch der Vertrag von unserer Vertrauensperson und nicht von der Redaktion der „Gleichheit“ aus den Genossinnen der Orte zugesendet worden, wo eine Dienstbotenbewegung in Fluß gekommen war oder vorbereitet wurde. Der Vertrag war von einem einführenden Rundschreiben begleitet, das keinen Zweifel darüber ließ und besonders auch auf die Notwendigkeit lokaler Abänderungen der Vertragsbestimmungen hinwies. Diese Sendung muß auch Genossin Grünberg als Vertrauensperson der Nürnberger Genossinnen erhalten haben. Es ist uns daher unerfindlich, wie sie dazu kommt, uns das Versäumnis anzudichten, den Vertrag nicht erst vor der Veröffentlichung den einzelnen Organisationen zur Begutachtung vorgelegt zu haben. Nichts in unseren früheren Ausführungen war in diesem Sinne zu deuten. Sie ließen klar hervortreten, was wir im Vertrauen auf die Intelligenz und Schulung der Genossinnen verabsäumt hatten: ausdrücklich zu erklären, daß die aufgerollte Frage mit dem nötigen Körnchen Verstandes Salz erfaßt werden müßte. In der Sache selbst hat die Redaktion nur ihrer Pflicht gemäß gehandelt, die von den Genossinnen beschlossenen und eingeleiteten Aktionen nach Kräften zu unterstützen. Es ist denn auch nicht die Redaktion der „Gleichheit“ allein, die sich des Kapitalverbrechens schuldig gemacht hat, „öffentlich“ für den Vertrag einzutreten, obgleich sie sich herausnimmt, ihren Sitz in einem Orte zu haben, in dem sie nicht „Gelegenheit“ hatte, eine junge Dienstbotenbewegung zu beobachten“. Sie hat vielmehr Mitschuldige, wie Genossin Baar, die dem Vorstand einer Dienstbotenorganisation angehört und dessen Organ selbständig redigiert, und wie Genossin Linn, welche die junge Dienstbotenbewegung in München mit aus der Taufe gehoben hat und erste Vorsitzende des dortigen Dienstbotenvereins ist, kurz, Mitschuldige, denen in puncto allgemein sozialpolitischer und gewerkschaftlicher Schulung wie praktischer Erfahrung in der Dienstbotenbewegung sicherlich die gleiche Kompetenz zukommt, welche Genossin Grünberg für sich beansprucht.

Genossin Grünberg seufzt erhaben darüber, daß ihr teilweise mit „spitzen Federn“ begegnet worden sei. Jeder verteidigt seine Sache, so gut er kann. Der eine tut es mit „spitzen Federn“, der andere mit stumpfen. Das ist Sache der Veranlassung, des Geschmacks und — des Könnens. Aber jedenfalls hat Genossin Grünberg das wenigste Recht, sich als gekränkte Unschuld über ihre Kritikerinnen zu beschweren. Sie selbst ist es gewesen, die von Anfang an einen unsachlichen Ton in die Auseinandersetzung getragen hat. Sie darf sich nicht wundern, daß es aus dem Walde herausgeschallt ist, wie sie hineingerufen hat.

Was den sachlichen Kern der Erwiderung anbelangt, so enthält er trotz seines gewaltigen Umfangs auch nicht einen einzigen neuen Tatsachennachweis oder einen neuen überzeugenden Gedankengang. Genossin Grünberg wiederholt lediglich das früher Gesagte und stülpt ihm eine Registerperücke von Zahlen über, die jedermann bekannt sind, der sich nur einigermaßen mit dem Dienstbotenproblem beschäftigt hat. Zur Frage des Dienstvertrags besagen sie rein gar nichts, was nicht jeder halbwegs Urteilsfähige schon längst wüßte. Dagegen geht sie ohne Auseinandersetzung an all den sachlichen Momenten vorüber, welche die Einsendungen der Genossin Baar und Linn und der Artikel „Zur Frage des Dienstvertrags“ zu der umstrittenen Sache in den Kreis der Diskussion gerückt haben. Genossin Linn's treffliche Darlegungen erwähnt sie zwar nebenher, aber nur, um kurzerhand und ohne jede Spur eines Beweises zu erklären, sie seien falsch. Für Genossin Grünberg scheint sich die Erörterung der Frage in ihren eigenen Ausführungen nach dem Grundsatz zu erschöpfen: Roma locuta est, das ist: Rom hat gesprochen.

Genossin Grünberg behauptet, in Berlin sei der Versuch zur Einführung des Vertrags bereits gescheitert. Ihr einziger Beweis dafür ist ein Zitat aus dem „Vorwärts“. Dieses enthält aber nicht den Schatten einer Tatsache für die Behauptung, vielmehr lediglich eine persönliche Meinungsäußerung über die Schwierigkeiten, mit denen die Bemühungen

zur Einführung des Vertrags rechnen müssen. Ein Urteil darüber, ob der Versuch gescheitert sei oder nicht, ist überhaupt zurzeit noch gar nicht möglich. Im Oktober erst hat die betreffende Agitation eingeseht, sie hat nur wenige Wochen gedauert, da von Mitte Dezember ab die Tätigkeit der Genossinnen sich auf die Wahlagitacion konzentrieren mußte. Aber davon abgesehen, vergißt Genossin Grünberg alles, was sie selbst über die Lage und die geistig-moralische Verfassung der Dienstboten geschrieben hat, wenn sie verlangt, die Durchsetzung des Vertrags müsse im Handumdrehen geschehen. Jemand, der die genaueste Kenntnis der „gewerkschaftlichen Praxis“ für sich in Anspruch nimmt, sieht es schlecht an, mit der Ungebildetheit eines Kindes zu heischen, daß der heute in die Erde gesenkte Apfelsamen morgen schon sich zum Früchte tragenden Baum entwickelt hat. Mindestens voreilig sind ebenfalls die Schlussfolgerungen, welche Genossin Grünberg zugunsten ihres Standpunktes daraus herleitet, daß die Genossinnen in München, Hamburg, Köln und Frankfurt zu dem Vertrag noch nicht Stellung genommen haben. Auch unserer Opponentin ist nicht unbekannt, daß die Dienstbotenbewegung nicht in Volokubien in Fluß gekommen ist, sondern in diesem gelobten deutschen Reiche, das seit Mitte Dezember im Zeichen eines außerordentlich heißen Wahlkampfes steht. Aus eigener Erfahrung weiß sie, daß die politische Kampfespflicht Zeit und Kraft der Genossinnen mit Beschlag belegt hat, und daß in der Folge mancherlei wichtige Angelegenheiten vorübergehend in den Hintergrund gedrängt worden sind. Die Genossinnen werden sich ihnen erst am Abschluß der Wahlkampagne mit verdoppeltem Eifer widmen, und Genossin Grünberg wird dann zweifelsohne nicht lange auf die Stellungnahme zu dem Dienstvertrag zu warten haben.

Genossin Grünberg hat sich für ihre persönliche Stellungnahme zu dem Dienstvertrag wiederholt auf die „gewerkschaftliche Praxis“ berufen. Aber gerade dieser widerstreitet die ganz schablonenhafte Art und Weise, wie sie die Verhältnisse der Dienstboten zum Zug mit denen der gewerblichen Arbeiter gleichsetzt. Einer der ersten und wichtigsten Grundsätze gewerkschaftlicher Praxis lautet unsreits, bei jeder Organisationsarbeit, bei jeder Bewegung die Sachlage nicht nach dem Schema F zu beurteilen, sondern in ihrer tatsächlichen Besonderheit zu prüfen und zu berücksichtigen. Nun weiß sicherlich die Lage und das Los der Dienenden zahlreiche gleiche und wesensverwandte Züge mit der Lage und dem Los der gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen auf, weil diese wie jene Ausgebeutete und Unterdrückte sind. Aber darüber dürfen die mannigfachen Unterschiede in der Stellung der einen und anderen nicht übersehen werden. Tatsächlich schließt das Dienstverhältnis eine Reihe von Umständen in sich, welche die Produktionsentwicklung aus dem Arbeitsverhältnis des gewerblichen Proletariats ausgeschaltet oder umgestaltet hat. Darunter befinden sich Umstände, die es in bestimmten Schichten dem Dienenden möglich machen, unter gewissen Voraussetzungen den Dienstvertrag durch Einzelhandlung schon heute durchzuführen.

Das Dienstmädchen steht in der Mehrzahl der Fälle der Herrschaft als einzelne gegenüber, die für ihre Forderungen nicht an die Zustimmung, das solidarische Vorgehen von Mitarbeiterinnen im Betrieb gebunden ist, wie dies für die gewerbliche Arbeiterin gilt. Es hat nicht mit der „eisernen Konkurrentin“, der Maschine, zu rechnen, die es ermöglichen würde, seine Arbeit im Haushalt von heute auf morgen durch den ersten besten Neuling zu ersetzen. Die umwälzende Wirkung der wirtschaftstechnischen Entwicklung auf den Haushalt besteht darin, daß der größte und wichtigste Teil der früheren häuslichen Arbeiten aus dem Heim in die Fabrik verlegt, aus häuslicher in industrielle Arbeit verwandelt wird. Was dem Hause verbleibt, das sind in der Hauptsache persönliche Dienstleistungen. Nicht die moderne Maschine gibt dem häuslichen Wirtschaftsleben das Gepräge und beherrscht es. Die Arbeit des Dienstmädchens und ihr Ergebnis trägt daher einen individuellen, persönlichen Charakter, welcher der industriellen Arbeit und ihrem Resultate nicht mehr oder nur noch im bescheidensten Maße eignet. Während der neuzeitliche industrielle Betrieb für seine Gestaltung und seinen regelmäßigen Gang so gut wie völlig unabhängig von den persönlichen Eigenschaften der einzelnen Arbeiterin ist, diese zur Anpassung an die selbsttätige Maschine zwingt und leicht ersetzen kann: ist für die Gestaltung und den ruhigen Gang des Haushalts das persönliche Wesen des Dienstmädchens von größter, recht oft von ausschlaggebender Bedeutung. Dazu kommt noch das Zusammenleben unter einem Dach, die mancherlei täglichen Verührungen zwischen Dienstmädchen und Herrschaft. Dank des Zusammenwirkens dieser Umstände und anderer noch darf ein tüchtiges, fluges, aufgeklärtes und charaktervolles Dienstmädchen wohl den Versuch wagen, für sich durch Einzelhandlung die Forderung eines Dienstvertrags zu erheben und durchzubringen.

Genossin Grünberg wird gegen diese Ausführungen wahrscheinlich einwenden, was sie bereits in allgemeinen gesagt hat. Nämlich daß die kleine Zahl der zielbewußten und energischen Mädchen, die sich bemühen könnten, den Dienstvertrag zur Anerkennung zu bringen, scheitern müssen an der Konkurrenz der Vielweilen, denen es noch an Aufklärung und Charakterfestigkeit mangelt. Sie weist die „Dienstbotennot“ als einen Umstand ab, der in Anrechnung gezogen werden dürfe. Jedoch auch das bekundet wieder ein schablonenhaftes Umspringen mit den tatsächlichen Verhältnissen. Es gibt „Dienstbotennot“ und „Dienstbotennot“. Das nämliche Wort bezeichnet sehr verschiedene Dinge, die klar auseinandergehalten werden müssen. Nur in manchen Orten ist „Dienstbotennot“ in ihrer einfachen, ursprünglichen Bedeutung vorhanden, mangelt es an Dienstboten überhaupt. Allein überall fehlt es an Mädchen, die beruflich durchgebildete, selbständige häusliche Arbeiterinnen sind.

Die Nachfrage nach solchen Mädchen übersteigt bei weitem das Angebot von ihnen, und sie wächst — aus verschiedenen Gründen, auf die wir heute nicht eingehen können — viel stärker und rascher als jenes. Der Zuzug von jungen Mädchen erfolgt überwiegend aus dem Lande, und mögen diese von zu Hause noch so gute und tüchtige Eigenschaften für ihren Beruf mitbringen: es hapert in der Regel mit der „technischen“, fachlichen Ausbildung, um seinen Obliegenheiten meistern gegenüberzutreten. Die Mädchen kommen meist aus Verhältnissen, die schon äußerlich betrachtet so grundverschieden von denen sind, in denen sie ihres Amtes walteten sollen, daß eine wirkliche Vorbereitung auf ihre Tätigkeit im elterlichen Hause so gut wie ausgeschlossen ist. Der moralische Fonds an Gewöhnung, Fleiß, Ordnung, Reinlichkeit usw. ersetzt nicht das mangelnde berufliche Wissen und Können, sondern erleichtert nur, es zu erwerben. Bei der Mehrzahl der Mädchen ist die Ausbildung für den Beruf der häuslichen Arbeiterin dem Zufall überlassen gewesen — das Dienen wird ja leider überhaupt nicht richtig als Berufstätigkeit gewertet —, und sie bleibt auch nach dem Dienstantritt dem Zufall überlassen. Den wenigsten Hausfrauen eignet heutzutage die Fähigkeit, die Zeit, die Lust, der Wille, den in ihr Heim aufgenommenen jungen Diensthofen beruflich wirklich systematisch zu bilden und zu erziehen; die wenigsten Hausfrauen können und wollen heutzutage durch ihr eigenes häusliches Wirken ein Vorbild und ein Halt für das junge Mädchen sein. Dieses muß sich mit seiner Ausbildung selbst unter harten Püffen auf dem Wege der Erfahrung in zwei, drei und mehr Stellen abqualifizieren. Ist das Mädchen zur tüchtigen, selbständigen häuslichen Arbeiterin herangewachsen, so hat es — begreiflich genug — die Geschichte meist satt und geht gern zu einem anderen Beruf über, oder es verheiratet sich, was naturgemäß noch öfter der Fall ist. Mit dem jüngsten Handwerksgehilfen, der die Hoffnung hatte, einst Meister zu werden, und angelehnt an die Existenzbedingungen des modernen Proletariats verschwindet mehr und mehr das Dienstmädchen, das sich die halbe Zeit seines Lebens dienend geduldig drücken und treten läßt, um ein „Kapitälchen“ für die Selbständigmachung des Bräutigams zu ersparen. Als Beruf aber kann die häusliche Arbeit in der Form des heutigen Dienstverhältnisses den wenigsten Mädchen so lieb werden, daß sie um etliche Jahre länger in Stellung bleiben, als die äußere Notwendigkeit dazu zwingt.

Das tüchtige, selbständige Dienstmädchen ist überall sehr begehrt, und jede einigermaßen einsichtige Hausfrau wird es im eigenen Interesse durch bessere Dienstbedingungen an ihre Wirtschaft zu fesseln bestrebt sein. Es kann daher auch riskieren, dort, wo es in Stellung und geschätzt ist, seinen Anspruch auf die Anerkennung eines Vertrags zu erheben, ohne befürchten zu müssen, von heute auf morgen aufs Pflaster geworfen zu werden; es kann riskieren, bei einer Neueinstellung die gleiche Forderung geltend zu machen, ohne damit den Anwartschein auf lange Stellenlosigkeit in der Tasche zu haben. Man bedenke, welche entscheidende Rolle gerade bei Neueinstellungen die Zeugnisse, der persönliche Eindruck usw. machen. Die Diensthofenvereine umschließen entschieden die Elite der tüchtigen, erfahrenen Mädchen. Sie können daher ihren Mitgliedern empfehlen, nach umsichtiger Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse in ihren Stellungen wie bei Stellenwechsel die Erringung eines Vertrags zu versuchen. So wahrhaftig es wäre, den Mädchen vorzugeben, daß jedes für sich allein „die Diensthofenfrage lösen könne“, so unrichtig würde es sein, sie nicht auf alle Wege aufmerksam zu machen, auf denen sie unter Umständen einzeln, durch charaktervolles und kluges Vorgehen zu besseren Dienstbedingungen zu gelangen vermögen.

Daß der Erfolg der zu empfehlenden Versuche von vorn herein nicht ausgeschlossen ist, beweist Genossin Grünberg durch das, was sie von der Einwirkung des Nürnberger Stellennachweises auf höhere Entlohnung der Mädchen berichtet. Wie die Herrschaften unter dem Druck der Verhältnisse sich entschließen, mehr Lohn zu zahlen, um ein leistungsfähiges, zuverlässiges Mädchen zu erhalten, so gut werden sie allmählich auch lernen, sich mit einem Dienstvertrag abzufinden, sobald diese Forderung wieder und wieder gerade von den nachweisbar besten Mädchen erhoben wird. Aber da liegt ja der Hase im Pfeffer, wird Genossin Grünberg dazwischen rufen, daß die Mädchen noch nicht soweit ausgebildet und in der Erkenntnis ihres Rechtes gefestigt sind, um die Forderung zu erheben; sie müssen erst zu dem nötigen Grade des Selbst- und Klassenbewußtseins, des klaren Bewußtseins von der Würde und dem Rechte ihrer Berufstätigkeit erzogen werden. Ganz recht, liebe Genossin Grünberg! Aber diese Erziehung erfolgt nicht dadurch, daß man über eine Lösung schweigt, die in hohem Maße dazu angetan ist, das Erziehungsmerk zu fördern, sondern dadurch, daß man die betreffende Lösung in ihrer Berechtigung und ihrer Verwirklichungsmöglichkeit möglichst vielen zum Bewußtsein bringt. Wir stimmen Genossin Grünberg ganz in der Aufforderung zu: „Laßt uns agitieren, laßt uns organisieren!“ Wir fügen ihr jedoch ergänzend hinzu: Laßt den Dienstvertrag eines der Mittel zur Agitation und Organisation sein!

Frauenstimmrecht.

Walter Crane über das Frauenstimmrecht. Der „Friedensbruch“, den die zehn englischen Frauen in der Zentralhalle des Parlaments begangen haben sollten, ist in der englischen Presse vielfach kritisiert und diskutiert worden. Auch Walter Crane, der bekannte englische Maler und Genosse, beteiligte sich an der Diskussion. Er schrieb: „Wenn man einige der Be-

merkungen gegen die Frauenrechtlerinnen hört, könnte man annehmen, daß wir unsere Rechte einzig und allein mit Hilfe der reinen Vernunft und abstrakten Gerechtigkeit gewonnen haben. Aber war dies je der Fall? Vernunft und Gerechtigkeit müssen selbstredend angerufen werden, aber wenn sie nicht durch Agitation verbreitet und durch materielle Gewalt ernstlich unterstützt werden, so werden sie gewöhnlich ruhig ignoriert. Darum sollen Männer nicht überrascht sein, wenn die Frauen aus dem Buche der politischen Aktion lernen und die darin gefundenen Methoden anwenden. . . Die praktisch politische Lehre unseres Landes besteht darin, daß man kämpfen muß, wenn man etwas erreichen will. Die opfermutigen Frauen, die ins Gefängnis gingen für eine Sache, die sie für gerecht und für notwendig halten, kämpfen in mutiger Weise, und ihr Eifer hat die öffentliche Aufmerksamkeit stärker wachgerufen als Jahre parlamentarischer Debatten. Derartige Aktionen können nicht so leicht vergessen werden. . . Als die Arbeiter vor vierzig Jahren das Stimmrecht erhielten, wurde uns gesagt, daß man England in die Niagarafälle stürze. Aber erst nach vierzig Jahren haben wir jetzt zum erstenmal eine parlamentarische Arbeiterpartei erhalten. Frauen sind in politischer Beziehung von den Männern nicht verschieden. Sie werden wahrheitsgemäß in sozialpolitischen Dingen größeres Interesse an den Tag legen als die Männer. . . Als Menschen hängt unsere Wohlfahrt vom Zusammenarbeiten der Frauen und Männer ab. Die einzig richtige Haltung ist, das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen zu verlangen.“

Für das Frauenwahlrecht in Schweden haben die dortigen bürgerlichen Frauen eine lebhaft Agitation entfaltet. Eine von der schwedischen Landesvereinigung für das politische Frauenwahlrecht in Umlauf gesetzte Petition hatte bis Anfang Januar schon über 186 000 Unterschriften aufzuweisen. Die Jahresversammlung dieses Vereins, die am 8. und 9. Januar in Karlskrona tagte, forderte durch ein Telegramm die Regierung auf, die vom Reichstag im vorigen Jahre beschlossene Enquete über das Frauenwahlrecht möglichst so zu beschleunigen, daß sie dem kommenden Reichstag zeitig vorgelegt werden kann.

Trotz des lebhaften Fortschritts der Frauenstimmrechtsbewegung ist in der Wahlrechtsreformvorlage, die bei Eröffnung des schwedischen Reichstags am 16. Januar angehängt wurde, das Frauenstimmrecht mit keinem Worte erwähnt. Immerhin enthält der Wahlrechtsvorschlag der Regierung wesentliche Verbesserungen: Nicht nur das allgemeine Wahlrecht zur Zweiten Kammer soll eingeführt werden, sondern auch das kommunale Wahlrecht wird eine demokratische Grundlage erhalten. Damit ist zugleich eine Reformierung der Ersten Kammer angebahnt, da ihre Mitglieder von den Gemeindevertretungen gewählt werden. Außerdem soll für beide Kammern sowie für die Kommunen das Proportionalwahlrecht eingeführt werden. Hoffentlich gelingt es unseren schwedischen Genossen, bei dieser Wahlrechtsreform auch den Frauenrechten Geltung zu verschaffen. Der sozialdemokratische Frauenkongress, der am 27. und 28. Januar in Stockholm stattgefunden hat und über den uns zurzeit ein Bericht noch nicht vorliegt, wird jedenfalls zu dieser Frage Stellung genommen haben.

Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation.

Eine Organisation der Kellnerinnen in Ostpreußen. Bekanntlich sind die Angehörigen der Berufe, die durch bessere Bezahlung auf einer verhältnismäßig hohen sozialen Stufe stehen, gegenwärtig am besten organisiert. Dagegen sind die Angehörigen solcher Berufszweige, die wirtschaftlich am schlechtesten stehen und die daher die Organisation gerade am notwendigsten hätten, sehr schwer für den Organisationsgedanken zu gewinnen. Zu diesen Kategorien gehören neben ihren männlichen Kollegen auch die Kellnerinnen. Deshalb ist es als eine besonders erfreuliche Tatsache zu betrachten, daß es in Insterburg in Ostpreußen gelungen ist, eine Organisation der Kellnerinnen ins Leben zu rufen. Ein Agitator des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen war nach dieser Stadt gekommen, eigentlich nicht um die Kellnerinnen, sondern um die Kellner zu organisieren. Bezeichnend ist es jedoch, daß trotz ausreichender Reklame auch nicht ein männlicher Gastwirtsgehilfe in dieser Versammlung erschienen war! Dagegen waren einige Kellnerinnen gekommen, die nun gemeinsam mit dem Referenten unter den Kellnerinnen der Restaurants zu agitieren und Mitglieder zu werben angingen. Jedes neue Mitglied wurde zum Agitator, und es gelang in kurzer Zeit, 18 neue Mitglieder für den Verband zu gewinnen. Zunächst wurde ein provisorischer Vorstand eingesetzt, später soll die Gründung einer Zählstelle erfolgen.

Hier sind die Männer gründlich von den Frauen beschämt worden. Wie schwierig es ist, an die Kellnerinnen heranzukommen, geht daraus hervor, daß es selbst in Königsberg, der Hauptstadt Ostpreußens, bisher nicht möglich war, den Gedanken der Organisation in die Köpfe der Kellnerinnen zu pflanzen. Mit der Zeit wird jedoch auch hier wie überall das Klassenbewußtsein erwachen. Bisher galt in Ostpreußen das Wort: „Kellnerin sein ist das Letzte!“ Durch ihre elende Lage, weil sie fast nur auf Trinkgelder angewiesen sind und weil sich viele der Prostitution in die Arme werfen können, ist die allgemeine Mißachtung der Kellnerinnen entstanden. Sie haben also wahrlich allen Grund, für menschenwürdige Lebensbedingungen zu kämpfen. Dazu gehört in erster Linie, daß sie ausreichend bezahlt werden, so daß sie auf Trinkgelder und schmachvolle Nebenverdienste nicht mehr angewiesen sind. Das wird sich aber nur erreichen lassen, wenn der Gedanke kräftiger Selbsthilfe durch Organisation auch bei diesen Ärmsten Wurzel gefaßt hat. Rudolf Weck-

Fürsorge für Mutter und Kind.

Speisung von Schulkindern. Ein sozialdemokratischer Gesetzesentwurf über die Speisung der Schulkinder beschäftigte das dänische Folkething am 11. Januar in erster Lesung. Er fordert, daß den Gemeinden die Pflicht auferlegt wird, in den Wintermonaten für die Speisung der Schulkinder zu sorgen. Der Staat soll auch einen Teil der Kosten davon tragen. Seit 1902 besteht in Dänemark ein Gesetz, das die Gemeinden berechtigt — nicht verpflichtet —, die Privatwohltätigkeit auf diesem Gebiet zu unterstützen. Das Gesetz ist ziemlich wirkungslos geblieben: Nur in 20 von 59 Städten, über die Genosse Stauning im Folkething berichtet, werden die Schulkinder gespeist, und nur in 10 davon leistet die Gemeinde einen Zuschuß. Von 800 Landgemeinden besteht diese Einrichtung nur in einer einzigen, und zwar in einer Nachbargemeinde Kopenhagens.

In Charlottenburg hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die Summe von 5000 Mk., die zur Verteilung von Frühstück an bedürftige Kinder in den Gemeinde- und Hilfschulen ausgesetzt ist, um 1000 Mk. zu erhöhen. Es wurden bisher 700 Kinder bedacht, während 195 ebenfalls bedürftige Kinder zurückgewiesen werden mußten.

Davon hebt sich ein Beschluß des Stuttgarter Bürgerausschusses unvorteilhaft ab. Im Mai vergangenen Jahres hatte der Gemeinderat beschlossen, bedürftigen Schulkindern ein warmes Frühstück — ein Glas Milch und ein Stückchen Brot — auf Kosten der Stadt zu verabreichen. Kindern, deren Eltern besser situiert sind, sollte das Frühstück gegen ein geringes Entgelt überlassen werden. Den Konservativen und Deutschparteilern gelang es aber, im Bürgerausschuss den menschenfreundlichen Beschluß des Gemeinderats wieder umzuwerfen. Nach längerem Handeln verstanden sie sich endlich wenigstens dazu, 4000 Mk. zu einem Versuch zu bewilligen. In einer Stuttgarter Volksschule sollte die Einrichtung probeweise eingeführt werden, um „die Bedürfnisfrage festzustellen“. Dieser Versuch ergab die erschreckende Tatsache, daß das Bedürfnis nach Verabreichung eines warmen Frühstücks weit größer ist, als man geglaubt hatte: fast 75 Prozent der Volksschulkinder machten von der Einrichtung Gebrauch. Schon zwei Monate vor Ablauf der Versuchsfrist waren die 4000 Mk. aufgebraucht, und der Gemeinderat mußte, damit der Versuch zu Ende geführt werden konnte, weitere 3000 Mk. bewilligen. Gegen diesen Beschluß des Gemeinderats erhoben nun die reaktionären Bürgerausschussmitglieder ein großes Geschrei. Sie, die sonst so Bewilligungsfreudigen, bezeichneten das Geld, das man zur Speisung hungeriger Proletariatskinder verwendet hatte, als geradezu zum Fenster hinausgeworfen, und lehnten die Bewilligung der 3000 Mk. rundweg ab. Das geschah in der letzten Sitzung des alten Bürgerausschusses. Sofort nach Konstitutionierung des neugewählten stellten unsere Genossen den dringlichen Antrag, 1500 Mk. zur Fortsetzung des Versuchs zu bewilligen, der denn auch nach heftiger Debatte Annahme fand.

Auf der Generalversammlung des Bundes für Mutterschutz, die am 12. und 14. Januar in Berlin tagte, kamen folgende Gegenstände zur Verhandlung: „Die heutige Form der Ehe“, Referent Dr. Helene Stöcker; „Prostitution und Unehelichkeit“, Referent Professor Fiesch; „Heiratsbeschränkungen“, Referenten Abelschreiber und Dr. Markuse; „Die Lage der unehelichen Kinder“, Referenten Dr. Böhmert und Dr. Spann; „Mutterschaftsversicherung“, Referent Professor Dr. Mayet. Aus Mangel an Raum können wir heute nicht näher auf diese Verhandlungen eingehen, werden aber in nächster Nummer darauf zurückkommen.

Berichtigung.

In der in Nr. 2 der „Gleichheit“ veröffentlichten Quittung sind zwei Fehler unterlaufen. Es muß heißen: Langen dreier (nicht Crengeldanz) von den Genossinnen 20 Mk. und Solingen (nicht Düsseldorf) durch Genossin Forkert 20 Mk.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen:

Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung.

Von Käthe Duncker.

In einer kurzen historischen Einleitung bespricht die Verfasserin die Kinderarbeit als Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und anschließend daran die Kinderbeschäftigung in Deutschland bis 1891, die Erhebungen von 1898 und endlich das Kinderbeschäftigungsgesetz von 1903. In einem Schlußkapitel wird der bisherige Erfolg des Kinderbeschäftigungsgesetzes beurteilt und ein vortrefflicher Ausblick auf Kinderarbeit und Kindererziehung, wie beides sein sollte, gegeben. — Im Anhang findet die Leserin das Gesetz selbst und ein Verzeichnis derjenigen Werkstätten, in deren Betrieb Kinder nicht beschäftigt werden dürfen. Schließlich ist auch die Bekanntmachung hinzugefügt betreffend Ausnahmen von dem Verbot der Beschäftigung eigener Kinder unter 10 Jahren. Der Preis der Broschüre ist auf 40 Pf. festgesetzt.

Für die Abonnenten der „Gleichheit“, die sich zum gemeinsamen Bezug vereinigen, ist ein wesentlich niedrigerer Einkaufspreis festgesetzt.

Bestellungen nehmen entgegen alle Vertrauenspersonen, Ottilie Baader, Verlag S. 53, Blücher-Straße 49, Hof 11 und die Expedition der „Gleichheit“ in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Nimmermehr.

Von Wolf Lepp.

Hör ich's grollen?
Das ist der Lawine Rollen!
Reiß vom Firne stäubt es los,
Um im Fallen
Sich zu ballen,
Und so wird es rund und groß.
Niederwärts, von fern erklimmernd,
Rast das Unheil, nur zertrümmernd,
Schreckerregend, braust's einher!
Gibt es ein Daviderstemmen?
Läßt sich das Verderben hemmen?
Nimmermehr!

Wie die Quelle
Wirft von oben Well' auf Welle
Aus dem Felsen in die Schlucht,
Unaufhaltfam
Sturzwaltfam
Schleudernd sich in steter Flucht —
So die Flüsse talwärts fließen,
Ströme sich ins Meer ergießen,
Aufzugehn im Weltenmeer;
Scheint die Woge gleich gehoben,
Denkt sie das Gebot nach oben
Nimmermehr!

Wenn am Himmel
Die Gewalten ihr Getümmel
Hüllen in des Schreckens Nacht,
Knatternd, brausend,
Niederlaufend
Der Empörung grause Pracht.
Jähe Blitze leuchtend züngeln,
Feur'ge Schlangen niederringeln,
Und der Donner brüllt einher. —
Kannst du den Naturgesehen
Eine feste Schranke sehen?
Nimmermehr!

Mag es blühen!
Hier zertrümmern, dorten nützen!
Ohne Opfer keine Schlacht.
Ob zum Leben
Fug gegeben,
Du nur zeigst es, wilde Jagd.
Wird am Weg ein Dorn zertrümmert,
Drüber hin, ohn' Schamerrotten!
O, der Würmer gibt's ein Heer!
Nach des Halberwürgten Klage,
Um gekränkte Rechte frage
Nimmermehr!

Wenn die Kleinen
Krümmen sich zu dürfen meinen,
Achte, Großer, nicht darauf!
Diese Leben
Sind gegeben,
Daß du regelst ihren Lauf!
Soll ich in die Kleinen, Schwachen
Zürnend meine Donner krachen?!
Ober soll ich — mein Gewehr
Von mir werfend — weiterjagen,
Statt den Widerspruch zu wagen?!
Nimmermehr!

Auf der Stelle!
Vorwärts! Wider Sturm und Welle!
Des Gedankens Schwert gezückt!
Halt, ihr Knechte!
Raum dem Knechte,
Daß ihr eisern eingestriekt!
Kämpfend will ich unterliegen!
Noch im Sterben will ich siegen!
Wer erfordert Gegenwehr!
Unrecht dulden, und zu schweigen,
Für den Fußtritt mich verneigen! —
Nimmermehr!

Ein Kind.

Von A. R.

Wer weint in meinem Hause? Ich wohne doch ganz allein, und die Schüler sind längst bei Vater und Mutter. Sie waren alle fort, ich wußte es genau; denn mein Kleinstes wollte mir die Linke zum Abschied reichen, und ich mußte erst um die andere Hand fragen. Dann ging er und trug sein Nest so ernst und steif, wie ein Gerichtsrat die Mappe, in der die Entscheidung über Leben und Tod ruht. Dann habe ich noch die Geige in den Schrank gehängt, — es war sicher niemand zurückgeblieben.

Vielleicht kam das Weinen von Kindern aus der Nachbarschaft. Hinter meinem Garten stand das Häuschen vom langen Weber; der hatte sein Weib verloren und verdiente wenig und saß in großer Not. Wenn er sein Weberschiffchen durch das Garn warf, dann wurden seine düsteren und traurigen Gedanken so lang wie der Faden und wollten kein Ende nehmen — kein Ende. Dann riß er mit heftigem Ruck den Faden ab und warf das Schiffchen nach seinem tollköpfigen Töchterchen; das mußte Spulen machen. Die Kleine duckte sich rasch wie

ein junger Gase, und das Weberschiffchen flog an die grüne gestrichene Wand. Dort fiel ein wenig Kalk herunter. Manchmal aber traf der Weber, und die Kleine lief schreiend ins Freie und saß unter dem Holunderstrauch an meiner Gartenhecke. Sie spielte mit den goldenen Ringelblumen und weinte wieder. Aber das Plätzchen war leer und der Webstuhl klapperte.

Auf der anderen Seite meines Gartens wohnte ein armer Bauer; doch seine Kinder waren mit der Mutter in den Wald gegangen, um Holz zu sammeln. Letzte Nacht hat es sehr gestürmt; sie werden gewiß viele Äste finden. Ich sah, wie die Mutter den zerknitterten Holz-sammelschein fest in den Händen hielt. Sie bekam gewiß wenig Papiere in die Hände und trug den Schein so, wie sie am Sonntag das Gesangbuch hält, wenn sie zur Kirche geht. Einmal hatte sie den Schein zu Hause gelassen. Da traf sie der strenge Förster. Die Kinder durften nach Hause gehen, aber die Mutter mußte mit auf die Oberförsterei. Das war ein weiter Weg, und sie konnte erst am folgenden Tage zurückkehren. Die Kinder waren allein zu Hause, denn der Vater arbeitete in der Stadt. Dort wurde eine Brücke gebaut, und man konnte etwas verdienen, wenn man den Mauern die Steine zutrug. Das war eine schwere Arbeit, zu schwer für den armen schwachen Mann; aber die Steuern sollten bezahlt werden, und der Erheber hatte schon einmal gemahnt. Der Zettel lag im Kalender. Es war ein roter Zettel und war gedruckt, aber der Name war geschrieben. Daran dachte der Bauer und war fleißig. — Danach war ihm die Arbeit doch zu schwer geworden, denn er mußte Blut spucken und lag im Winter lange krank.

Da hörte ich das Schluchzen wieder, und ich suchte im Hause und ging zuerst in das Schulzimmer. Ein Mädchen saß auf seinem Plaze. Die Arme waren über das Pult gestreckt, und der Kopf ruhte auf den Händen. Das war Elisabeth, die stille, scheue Elisabeth, und sie saß auf ihrem Plaze hinten beim Fenster. Ich ging leise nach ihr und dachte: weine du nur, weine nur; dein Mütterchen ist gestorben und liegt nun schon einen langen, langen Monat im Grab, und einen Vater hast du nicht gehabt. Jetzt hat dich niemand mehr lieb, ich weiß es; nun weine nur.

Der Wind fuhr durch das offene Fenster, und die Türe schlug zu; der Stundenplan, der daran hing, fiel auf die Erde.

Das Mädchen schaute auf und sah mich. Es stand gerade, wie das Sitte war, wenn ich in die Klasse trat. Die Hände hielt Elisabeth gefaltet; die Haare waren in das nasse Gesicht gefallen, und die Schultern zitterten vor verhaltenem Weinen. In ihren jungen, unruhigen Augen stand die Angst.

„Gelt, du bist heimlich im Flur geblieben und magst nit heim?“

Elisabeth nickte, und zwei große Tränen rannen über das verschüchterte, schmale Kinder Gesicht und fielen auf den Mund. Es waren bittere Tränen, und sie wischte mit der blauen Schürze.

„Aber du kannst doch nicht hier sitzen bleiben; komm mit, komm, wir gehen in meine Stube und trinken mal Kaffee zusammen; dann wollen wir sehen, wo du bleiben kannst.“

Ich griff nach dem dünnen Handgelenk, und sie wehrte sich: „Lassen Sie mich, ich will nicht mehr nach Hause; ich will nach meiner Mutter — nach meiner Mutter —“

Da kamen viele Tränen; ich legte meine Arme um das Kind und fühlte es zittern und sprach gut zu ihm. Wir gingen langsam in meine Stube und saßen eine Weile auf dem Sofa, bis Elisabeth ruhiger wurde. Sie war noch nie in meinem Zimmer gewesen und schaute bald nach dem ausgestopften Vogel auf dem Cabrettchen und bald nach der hellen Goldleiste über den Gardinen und weinte nicht mehr.

Gegen Abend gingen wir zu einem reichen Bauern; der wohnte weitab vom Dorf auf einem stattlichen Hof und fuhr oft mit seinem leichten Wagen ins flache Land hinunter. Vielleicht wußte er jemand, zu dem man das Kind bringen könne. Untermwegs begegneten wir einem Schulmädcheln; das stand unter Vaters Fenster und drehte an den Blättern des Weinstocks; das lief ins Haus und sah mit der Mutter hinter den Blumenstöcken nach uns und wunderte sich.

Der Bauer war freundlich und ließ das Kind am Tische hinsitzen. Hinter dem Spiegel lag eine Zeitung mit Bildern, damit durfte es spielen. Wir traten in die Kammer und sprachen leise miteinander. Er könne das Kind nicht selbst nehmen von wegen der Schand'; nicht über Nacht dürfe er es behalten, das leide seine Frau nicht. Aber er wisse einen entfernten Verwandten; der wohne zwei Meilen weit in dem Dorf mit dem hohen Kirchthurm, und der habe keine Kinder; vielleicht nehme er Elisabeth, und morgen wolle er mit dem Kind hinfahren.

Das Kind spielte noch mit dem Blatt. Der Bauer fuhr ihm leicht mit der großen Hand über den Kopf: „Mußt nit weine, und du fährst morgen mit mir nach deiner neuen Mutter, willst du?“ Das Kind begriff die Rede nicht und sah mit großen Augen zu ihm auf. „Morgen fahren wir zusammen und spannen die weißen Pferde an; gelt, das magst du gern, das Fahren, gelt?“

Wir gaben dem Bauern die Hand und gingen nach Hause. Da begegnete uns die Frau, bei der die Mutter Dienstmagd gewesen war und wo Elisabeth seither auch gewohnt hatte. Elisabeth faßte nach meiner Hand, und die Angst stand wieder auf ihrem Gesicht.

„Wo bleibst du nur, du ungeratenes Mädchen? Du fängst das Landsvireichen schon früh an wie deine saubere Mutter, die schlechte Dirn; die hat's gerad so gemacht und gerad so angefangen. Was ist geworden mit ihr? Verdorben und gestorben ist sie. Und du, du — du solltest froh sein, daß wir dich aufnehmen —“

Und wurde rot im Gesicht und die Augen waren schnell und giftig. Der alte Schuster, bei dessen Häuschen wir standen, streckte den Kopf aus dem kleinen Fenster und lauschte, was die Frau so laut zu reden hatte. Ein Mäher blieb stehen und tat, als ob er auf die Schneide von der Sense schaue. Er prüfte sie mit dem Daumen.

„Immer hat man seinen Arger mit der verdammten Gesellschaft; erst mit der alten Dirne, nun mit der jungen; das kommt davon, wenn man zu gut ist.“ Zu mir: „Nehmen Sie sich in acht vor der, die ist auch schon verdorben. — Marsch, nach Haus, du Hurenbalg — Sie wissen doch, daß das Kind keinen Vater hat — jetzt gleich heim, und Schläge kriegst du, daß du acht Tage nicht liegen kannst, du —“

Ich hielt die Hände des Kindes und sprach nichts und hatte einen roten Kopf und sah auf die Erde. Die Frau sprach noch mehr und wollte auf das Kind zugehen. Ein Müllerwagen fuhr mit großem Gepolter zwischen uns hindurch. Es war ein schwerer Wagen, und die Räder knirschten auf dem steinigen Wege. Ich benutzte das und ging mit dem Kinde schnell nach Hause und trug es die Treppe hinauf. Elisabeth hielt sich an meinem Hals fest und hing den Kopf wie eine welcke Blume. Sie war leicht.

„So, Liebling, jetzt legst du dich hübsch in mein Bett; ich koche dir eine Tasse Milch und dann wird geschlafen; gelt?“

Sie nickte und ging in die Kammer; ich brachte die Milch; da lag sie in meinem großen Bett und hatte die Kleider auf das untere Ende gelegt — freilich, das Bett war lang genug für so ein kleines Mädchen, und es waren wenig Kleider. Ich nahm leise und langsam den Kopf in meinen Arm; der war heiß, und Elisabeth trank und legte sich müde zurück.

Dann saß ich noch lange auf dem Bettrand und strich ihr die Haare aus der Stirn und sprach mit ihr. Das Schluchzen hörte ganz auf, und sie streckte sich.

„Schlaf nur, schlaf nur; du bist jetzt bei mir und liegst im großen, weichen Bett. Du kommst nicht wieder dahin, wo sie dir weh tun und dich schlagen; sei stille, ach, sei stille, mein kleines Schätzle; es wird alles gut werden, und morgen fahren wir mit den weißen Pferden.“

So sprach ich und hielt die kleinen weichen Hände, und sprach leiser und sang zuletzt, wie ich es von jungen Müttern gehört hatte. Da kam der Schlaf, und sie atmete ruhig und tief. Wie spät es schon geworden war! Und der Mond griff in die losen Haare; da zog ich den Vorhang zu. Die bloßen Arme lagen auf der weißen Bettdecke; vielleicht wurde es kalt um Mitternacht, und ich legte noch ein Tuch über sie.

Am Morgen kam der Bauer und holte Elisabeth. Ich hing ihr zum Andenken ein dünnes Goldbletchen um den Hals. Das hatte meine Mutter getragen, als sie noch ein junges, lustiges Ding war.

„Nun leb wohl, kleines Mädel, und hab deine neue Mutter recht lieb, und sag ihr einen Gruß von mir, leb wohl!“

Nach einigen Jahren kam Elisabeth einige Tage mit den Pflegeeltern zu Besuch ins Dorf, und sie wohnte bei dem Bauern mit den weißen Pferden. Sie war schon aus der Schule und war ein süßes, schlichtes Mädchen geworden. Wir gingen zusammen auf den Gottesacker zum Grabe der Mutter. Da hatte ich einen großen wilden Rosenstrauch hingepflanzt; der stand voll Knospen und Blüten. Ich dachte an die Tote und ihr Schicksal und sah in die Augen von meinem Liebling; der schaute verwundert in die hellroten Blüten und spielte mit der Hand an dem Ketten, das ich ihm beim Abschied geschenkt hatte. Die Augen waren rein und tief wie ein See in den Bergen. Da wußte ich, daß es noch ein Kind war, und wir gingen langsam zurück ins Dorf.